Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9. Freitag, den 12. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 10. Januar 1900.

Der Reichstag trat heute in die zweite Berathung des Etats ein. Weil der Reichskanzler Fürst Hohenlohe vorab alle Hände voll zu thun hat, um im Landtage die Angriffe der Agrarier abzuwehren — schon morgen steht die große Interpellation der beiden konservativen Parteien wegen Maßregelung der kanalgegnerischen beamteten Abgeordneten im Dreiklassenhause zur Verhandlung — so hat man im Reichstage die Berathung des Etats des Reichskanzlers zurückgestellt und vorgenommen wurde heute der Etat des Reichstags und Reichsamts des Inneren. Sehr schnell abgethan wurde der Reichstagsetat; die kurze Erörterung, die sich an ihn anknüpfte, bot wenig bemerkenswerthe Momente; höchstens verdient die dankenswerthe Anregung des freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, die Reichstagsstenographen durch Besserstellung von der Nothwendigkeit zu entbinden, privaten Nebenverdienst zu suchen, Erwähnung.

Anders steht es mit dem Etat des Reichsamts des Innern. Seine Berathung pflegt den Rednern aller Parteien Gelegenheit zu geben, alles auszusprechen, was sie auf dem Herzen haben. Die diesjährige Berathung macht keine Ausnahme von dem gewöhnlichen Gebrauch.

Sehr wirkungsvoll sprach gleich der erste Redner zu diesem Titel, der „sozialpolitische Zentrumskaplan" Dr. Hitze. Er verlangte energische Betreibung der Erhebungen über die Kinderarbeit und Zuweisung neuer Gebiete der Thätigkeit an die Kommission für Arbeiterstatistik, von der ein Gerücht behauptet, daß man sie einschlafen lassen will. Staatssekretär Graf Posadowsky, der vereinsamt an der preußischen Seite des Bundesrathstisches thronte, gab halbwegs befriedigende Erklärungen ab und erlebte alsdann die Freude, warme Lobsprüche einstreichen zu dürfen, die ihm von dem wildliberalen Kommerzienrath Rösicke und dem nationalliberalen Generaldirektor Möller-Duisburg gespendet wurden. Die beiden Herren, von denen der letztgenannte sich zur Abwechslung einmal sozialpolitisch zu drapiren geruhte, machten großes Aufheben von den Verdiensten des Reichsgrafen des Innern um die Ausstellung von Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen. Sehr unzufrieden zeigte sich der Agrarier-Redakteur Dr. Oertel-Sachsen, der sich über die Bäckerei-Verordnung noch immer nicht beruhigen kann und sein gewohntes Klagelied über Mittelstands-Schädigung u. s. w. anstimmte. Der Staatssekretär gab „befriedigende" Zusagen ab: ob dieselben die Bäckergesellen befriedigen werden, ist freilich eine andere Frage ..... Herr v. Kardorff drohte mit einer großen Abrechnung, die er mit dem Staatssekretär wegen dessen Aeußerungen bei der ersten Lesung des Etats vornehmen wolle: der alte Gründer mit der Silbernase will das Gewitter aber erst niedergehen lassen, wenn der Etat des Reichskanzlers zur Berathung steht, um dann gleich die allgemeine Politik in den Kreis seiner Betrachtung zu ziehen. Der Rest des Tages gehörte wesentlich unserer Partei und der Erörterung der Gewerbeinspektion: nur, daß Abgeordneter Beckh-Coburg von der freisinnigen Volkspartei durch eine an dieser Stelle nicht besonders passende Vogelschutzrede die Erörterungen über den Arbeiterschutz unterbrach. Es war schweres Geschütz, das unser erster Fraktionsredner, Abg. Richard Fischer-Berlin II auffuhr: aber die Stellen, gegen die er es richtete, hatten die Schüsse mehr als verdient. Er wies besonders auf die Parteilichkeit hin, mit der aus den Berichten der einzelnen Inspektoren in dem großen Bericht alles zusammengestellt ist, was gegen die Arbeiterorganisationen sich in ihnen findet, während alles weggelassen ist, was zu ihren Gunsten von den wenigen vorurtheilsfreien Inspektoren angeführt ist. Besonders schlecht bestand Sachsen die Feuerprobe der Fischerschen Kritik; in wirkungsvoller Weise zitirte er eine Aeußerung der ultramontanen „Kölnischen Volks-Ztg.", welche die sächsische Gewerbeinspektion für zurückgebliebener denn die — mecklenburgische erklärte. Ergänzung fanden die Ausführungen Fischers durch die alsbald folgende Rede Wurms, der besonders die Zerstörung der Berlepsch-Legende durch die Erinnerung an den arbeiterfeindlichen Geheimerlaß von 1896 vollendete und die Arbeiterfeindlichkeit des preußischen Landtages gebührend geißelte. Die Antworten Posadowsky's auf die Ausführungen unserer Fraktionsredner waren ungewöhnlich verlegen; nur, daß er versprach, künftig die unverkürzten Berichte der Fabrikinspektoren vorlegen zu lassen, verdient Anerkennung. Um $5^1/_2$ Uhr endete die Berathung, die morgen um 1 Uhr fortgesetzt werden soll.

---

124. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Ein schleuniger Antrag Dr. Rintelen (Z.) betr. Einstellung des gegen den Abg. Frank (Z.) schwebenden Strafverfahrens wird angenommen.

Die zweite Berathung des Etats beginnt mit dem Etat des Reichstages.

Bei Kap. 2, Tit. 1 regt

Dr. Müller-Sagan (FVp) die Besserstellung der Reichstagsstenographen an, damit dieselben nicht mehr auf Nebenverdienste angewiesen sind.

Vizepräsident Schmidt verspricht wohlwollende Berücksichtigung der Anregung.

Bei Kap. 2 wendet sich

Beckh-Koburg (FVp) gegen die häufige Hergabe des Reichstagsgebäudes zu Festlichkeiten.

Vizepräsident Schmidt empfiehlt, die Anregung in die Form eines ausdrücklichen Antrages zu kleiden.

Der Etat des Reichstags wird genehmigt. Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Beim Titel „Staatssekretär" nimmt das Wort

Dr. Hitze (Z.): Ich möchte an den Staatssekretär die Anfrage richten, wie weit die Erhebungen über die gewerbliche Beschäftigung von Kindern gediehen sind. Ferner möchte ich anregen, der Kommission für Arbeiterstatistik, die mit ihren Aufgaben ziemlich ist, fertig neue Gebiete zu überweisen, wie die Regelung der Verhältnisse kaufmännischer Gehilfen in offenen Läden, der Gehilfen im Verkehrsgewerbe, der Rechtsanwaltsgehülfen u. s. w. Ferner hätte die Kommission Veranlassung, das Material über die hygienische Nothwendigkeit des Maximalarbeitstages in den einzelnen Gewerben zu vervollständigen. Jedenfalls darf die Kommission nicht aus Mangel an Arbeit zu Grunde gehen, sondern muß weiter gefördert werden

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich hoffe, zu einem baldigen positiven Resultate aus den Vorschlägen zu gelangen, die über die Beschäftigung von Kindern gemacht worden sind. Ich zweifle nicht daran, daß die Kommission für Arbeiterstatistik auch später noch ein dankbares Feld ihrer Thätigkeit findet. Es wird fortgefahren werden, von Fall zu Fall den Maximalarbeitstag in Gewerben mit besonders gefährlicher Thätigkeit einzuführen.

v. Kardorff (Rp.): Ich behalte mir vor, bei dem Etat des Reichskanzlers auf die Ausführungen zurückzukommen, die der Staatssekretär bei der ersten Lesung des Etats gegen mich gemacht hat.

Rösicke-Dessau (wildlib.): Mit der Förderung der Ausstellung von ArbeiterWohlfahrtseinrichtungen hat sich der Herr Staatssekretär ein dauerndes Denkmal gesetzt. Ich hoffe, daß er sich auch weiter um ihre gedeihliche Fortentwickelung bemühen wird.

Dr. Oertel-Sachsen (K.): Ich habe wiederholt auf die Schäden hingewiesen, die die Bäckereiverordnung im Gefolge führt. Sehr zu berücksichtigen ist die Petition des Centralverbandes deutscher Bäckerinnungen, der im Frühling vorigen Jahres in Magdeburg getagt hat. Es ist schade, daß Herr Bebel, der Großvater der Verordnung (Heiterkeit), trotz der Einladung, die er erhalten, an der Versammlung nicht theilgenommen hat. In ganz großen Betrieben mag die Verordnung durchführbar sein, in kleineren und mittleren aber nicht. Hoffentlich zieht endlich der Bundesrath eine Aenderung der Verordnung in Erwägung, mit der man die Grenze überschritten hat, jenseits deren Vernunft Unsinn und Wohlthat Plage wird. (Bravo rechts).

Möller-Duisburg (NL.) schließt sich den Anregungen des Abgeordneten Roesicke an und empfiehlt die Errichtung eines ständigen Amtes für Arbeiterstatistik.

Fischer (SD.): Wir sind leider nicht in der Lage, auch unsererseits Loblieder über den Staatssekretär anzustimmen, haben vielmehr über die Gewerbeinspektion Klage zu führen. Der Bericht über die Thätigkeit der Gewerbeinspektion ist schon nach seinem Umfange gegen frühere Jahre auf ein Drittel zurückgegangen und strotzt von einer geringen sozialpolitischen Einsicht, wie allerdings nach der Stellungnahme des Staatssekretärs gegenüber der sozialen Frage nicht eben verwunderlich ist. Sind ihm doch die Gewerkschaften nichts als Streikvereine, ganz, wie einst Herrn v. Puttkamer. Wie soll man sich da noch über die Thätigkeit der Herren Geheimräthe wundern oder darüber staunen, daß dieselben aus den Berichten der Gewerbeinspektoren alles zusammengetragen haben, was den Arbeiterorganisationen ungünstig und den Unternehmern günstig ist? Zuzugeben ist allerdings, daß einige Aeußerungen weggelassen sind, welche die Gehässigkeit allzu deutlich auf der Stirne tragen, so z. B. eine, in der es heißt, daß „dies Verhalten den Uebermuth der hier in Betracht kommenden Arbeiter kennzeichnet". Nach den Thaten der sächsischen Polizei, der sächsischen Richter und der sächsischen Regierung haben wir uns daran gewöhnt, als „sächsisch" zu bezeichnen, was wir mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch nicht gut anders bezeichnen können. Uebrigens hat auch die „Kölnische Volkszeitung" konstatirt, daß die sächsische Gewerbeinspektion, die Inspektion also des industriereichsten Bundesstaats, zurückgebliebener ist, als die selbst Mecklenburgs, des industriearmsten Bundesstaats (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Dieser Kritik können wir uns durchaus anschließen. Die Berichte sind uns übrigens so spät zugegangen, daß wir nicht mehr haben konstatiren können, welche Aeußerungen der Einzelberichte in dem allgemeinen Bericht fortgeblieben sind. Im vorigen Jahre vermochten wir die Weglassung einiger sehr bezeichnender Ausführungen nachzuweisen, z. B. solcher, die von der Parteilichkeit der Berichte und dem vortheilhaften Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Gestaltung der Arbeiterschutzbestimmungen handeln. Wir müssen verlangen, daß uns die Berichte früher zugehen, damit wir eine Kontrolle vornehmen können. Möglich, daß für das späte Zugehen Gründe vorhanden sind, die wir nicht kennen. Man sage, zur Begründung der Zuchthausvorlage sei es nöthig gewesen, eine ganz neue Sichtung des Materials vorzunehmen. Wir vermissen in dem Gesammtbericht eine einheitliche Stellung der Regierung zu den Fragen, die in den einzelnen Berichten ganz verschieden erörtert werden. Erklärt sich die Regierung mit der Gehässigkeit der preußischen und sächsischen Gewerbeinspektoren identisch oder mit der sozialpolitischen Stellungnahme der süddeutschen Aufsichtsbeamten? Die ganze Gewerbegesetzgebung muß einheitlich geregelt und den Gewerbeinspektoren eine selbstständigere Stellung eingeräumt werden, die jetzt kaum etwas anderes zu thun haben, als jeder Polizist. Ihnen fehlt zur Zeit namentlich die Unabhängigkeit von den jeweiligen Strömungen innerhalb der Regierung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mehr und mehr häufen sich die Klagen darüber, daß die Gerichte die Uebertretungen der Unternehmer überaus milde beurtheilen. — In den Berichten ist von einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter — von der die kaiserlichen Februarerlasse so schön sprechen — keine Rede. Ich will einige der markantesten jener Aussprüche anführen, die von einer totalen sozialpolitischen Verständnißlosigkeit zeugen und von denen ich eine ganze Blüthenlese gesammelt habe. Der Kasseler Bericht spricht, frei nach Heine von „auswärtigen" Ruhestörern, der Halberstädtische Bericht von „bezahlten Agitatoren", womit aber Schweinburg nicht gemeint ist. (Heiterkeit.) Andere Berichte sprechen von dem „Ungehorsam", der „Treulosigkeit" usw. der Arbeiter, behaupten, das Bewußtsein des Unrechts sei „in der Arbeiterklasse gänzlich geschwunden." Damit vergleiche man, wie über die Arbeitgeber geurtheilt wird. Die Häufigkeit des Kontraktbruchs in Ostpreußen wird aus der „Nothlage" der Besitzer erklärt, die deshalb bei der Anstellung von Arbeitern nicht darauf achten könnten, ob das vorige Arbeitsverhältniß derselben ordnungsmäßig gelöst sei. Was bei den Arbeitern als „Zwang" bezeichnet wird, heißt bei den Arbeitgebern „Forderung". Kurzum — einseitige und gehässige Parteinahme zu Gunsten der Unternehmer, heftigste Anklagen gegen Arbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Elsaß-Lothringische Fabrikinspektor erklärt die Herabsetzung der Löhne in einem Falle mit dem Wunsche des Unternehmers, die Arbeiter vom Blaumachen zu kuriren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der schmalkaldische Inspektor spricht von der Gelegenheit zum Nebenverdienst als Maurer, welche die Bergleute seines Aufsichtsbezirkes nach Beendigung ihrer Schichten haben. Ob er selbst wohl Lust hätte, sich in seinen Mußestunden einen „Nebenverdienst" als Maurer zu erwerben? (Heiterkeit links.) Ein anderer Fabrikinspektor spricht davon, daß in seinem Bezirk Wohlstand und Zufriedenheit trotz der geringen Löhne herrschen; der ostpreußische konstatirt, — die Herren Agrarier wird es interessieren — daß in seinem Bezirke Löhne von 15, 13 und 11 Pfg. pro Stunde gezahlt werden. Sehr widerstreitende Meinungen werden auch über die Arbeiterausschüsse laut, dieses Schmerzenskind der Regierung, das nicht leben und nicht sterben kann. Ein Inspektor hält dieselben für überflüssig, dieweil ja die Unternehmer schon für die Arbeiter sorgen, ein anderer gar für schädlich, weil sie sich angeblich mit den Plänen des sozialdemokratischen Zukunftsstaates befassen. Alle diese Aeußerungen der Fabrikinspektoren sind erklärlich in einer Zeit, wo das Reichsamt des Innern seine Aufgabe darin erblickt, die Kämpfe der Arbeiter durch Zwangsgesetze unmöglich zu machen. Dabei sind nach allen Berichten die Lohnerhöhungen immer nur den gewerkschaftlichen Organisationen zu danken. Bei den Unternehmern hat sich die Zahl der Verfehlungen gegen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter bedeutend vermehrt. Die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit erklärt sich nur aus dem Wunsche nach billigen und willigen Arbeitskräften, die freilich für die Arbeiter ein Sinken des allgemeinen Lebensniveaus bedeuten. Alle Bestrebungen zum Schutze der Frauen und Kinder sind illusorisch, so lange sie nicht auch für die Hausindustrie Geltung haben. Gerade hier finden wir die größte Ausbeutung, die längste Arbeitszeit. Die Gewerbeinspektion muß sofort auf die Hausindustrie ausgedehnt werden; denn später wird man wieder einwenden, die Lage der Industrie lasse eine weitere Belastung der Unternehmer mit Rücksicht auf die Konkurrenz des Auslandes nicht zu. Der beispiellose Aufschwung der Industrie macht sich für die Arbeiter nur durch die Erhöhung der Unfälle bemerkbar. 7416 Todesfälle und 84 110 Verwundungen auf dem Schlachtfelde der Industrie, das ist der Antheil der Arbeiter an dem Aufschwunge der Industrie. (Hört! hört! links.) Die Lebenslage der Arbeiter hat sich nicht gebessert. Die Löhne sind entweder dieselben geblieben, oder die Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Wohnungsmiethen u. s. w. hat die Lohnerhöhung wettgemacht. Alle diese Thatsachen zeigen, daß, wenn sich die Lebenslage der Arbeiter hier und da gehoben hat, dies nur möglich war auf dem Wege der Organisation der Arbeiter. Deshalb verlangen wir, daß im Reichsamt des Innern wie bei den Gewerbe-Inspektoren den Kämpfen der Arbeiter um Hebung ihrer Lebenshaltung mehr Objektivität entgegengebracht wird. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich habe persönlich den Wunsch, daß die Beamten die Thatsachen möglichst genau und objektiv feststellen. Die Berichte sind später erschienen, weil erst im August sämmtliche Berichte zusammen eingereicht waren. Ich werde es mir ernstlich überlegen, ob ich im nächsten Jahre nicht alle die einzelnen Berichte drucken lassen und den Mitgliedern des Hauses zugänglich machen soll. (Zustimmung bei den Soz.) Der Vorredner hat die Kürze der Zusammenstellung beklagt, von andrer Seite ist sonst immer die Länge der Berichte getadelt worden, die es unmöglich mache, sich darin zurecht zu finden. In der Tabellen-Berechnung soll in Zukunft eine Besserung eintreten. Das Zahlen-

material soll übersichtlicher geordnet werden. Auf die Berichte der Gewerbe-Inspektoren habe ich keinen Einfluß. Wir müssen mit dem zufrieden sein, was sie berichten. Für strenge Bestrafungen der Unternehmer bin ich durchaus, wenn sie in gewinnsüchtiger Weise die Arbeiterschutz-Bestimmungen übertreten. Ich habe die Regierungen ersucht, da wo milde Bestrafungen erfolgt sind, die Staatsanwälte anzuweisen, an die zweite Instanz zu gehen. In dem Falle der Friedrichsgrube hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Sache schwebt also noch. — Was die Lebenshaltung der Arbeiter anbetrifft, so kann man wohl mit gutem Gewissen sagen, daß sich dieselbe in den letzten Jahren objektiv gebessert hat. Dafür ist ein Beweis der Abfluß der Arbeiter vom Lande nach den größeren Städten. — Dem Abg. Oertel erwidere ich, daß Verhandlungen schweben, um die Mißstimmung der Bäckermeister zu heben. Wir hoffen bis zur nächsten Session zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Beckh-Coburg (FVp.) regt die Regelung der Frage des Vogelschutzes an.

Schrader (FVg.): Ich bitte den Herrn Staatssekretär um Auskunft darüber, wie sich die Reichsregierung zur Frage einer Reichswohnungsreform stellt. Von der Kommission für Arbeiterstatistik ist ein reiches Material über die schlechten Wohnungsverhältnisse beigebracht worden.

Dr. Müller-Meiningen (FVp) fragt an, wie weit die Verhandlungen über den internationalen Patent- und Diplomschutz gediehen sind, und weiter, wie es mit den Verordnungen auf Grund des § 5 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb — Qualitätsverschleierung — steht.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Verhandlungen über den internationalen Vogelschutz nähern sich ihrem Abschluß. Ueber die schwierige Regelung der Wohnungsfrage schweben Verhandlungen mit der preußischen Regierung. Die Ansicht der Verbündeten Regierungen darüber kenne ich noch nicht. Ueber den internationalen Patentschutz soll demnächst eine Konferenz in Brüssel stattfinden. Die Verhandlungen über die Verhütung der Qualitätsverschleierung schweben noch.

Wurm (SD.): Der Herr Staatssekretär hat anerkannt, daß eine Einheitlichkeit in das Fabrikinspektoratwesen gebracht werden muß. Noch ist der Umfang der Gewerbeaufsicht in den Einzelstaaten verschieden geordnet. In Preußen gelten als aufsichtspflichtig gewerbliche Anlagen, die fünf Personen beschäftigen, in Sachsen müssen zehn, in Reuß ältere Linie zwanzig Personen beschäftigt sein. — Die Reichsregierung trägt die Verantwortung für die gesammte Gewerbeaufsicht. Ich weise Sie hin auf jenen Geheimerlaß des Herrn v. Berlepsch, den ein sozialdemokratisches Blatt jüngst publizirt hat. Dieser Erlaß verbietet den Fabrikinspektoren, mit den Organisationen der Arbeiter in Verbindung zu treten. Ein Arbeiter, der es wagt, mit einem Fabrikinspektor in direkten Verkehr zu treten, wird entlassen. Ja, die Unternehmer stellen Spitzel an, um zu beobachten, welche Arbeiter sich beschweren. Daher sind von den Arbeitern Beschwerdeausschüsse geschaffen, die die Beschwerden den Inspektoren übermitteln. Dadurch wird verhütet, daß der Name des Beschwerdeführers bekannt wird. Die konservative „Schles. Zeitung" wies die Regierung darauf hin, daß durch das Dulden einer solchen Einrichtung die Sozialdemokratie legalisirt würde. Von da ab finden wir denn auch in den preußischen Fabrikinspektionsberichten keine Mittheilung mehr über einen solchen Verkehr der Inspektoren mit den Arbeitern. In Süddeutschland wurde dagegen dieser Verkehr noch aufrecht erhalten. Wo in den Landtagen meine Parteigenossen vertreten sind, erklärten sich überall die Regierungen zur Förderung des Verkehrs der Fabrikaufsichtsbeamten mit den Arbeiterorganisationen bereit. Im Erlaß des Herrn v. Berlepsch wird behauptet, daß die Arbeiterorganisationen nur im Interesse der Partei geschaffen seien, um Mißstimmung zu erzeugen in Arbeiterkreisen. Das ist nie der Fall gewesen. Die Inspektoren brauchen auch die Organisationen, denn nur der Arbeiter weiß genau Bescheid in der Fabrik. Ich hoffe, die Regierung wird den einseitigen Erlaß des Herrn v. Berlepsch umgehend dem Papierkorb überantworten. In Württemberg vereinigen sich die Vertrauensleute der Arbeiter mit den Beamten zu gemeinsamen Berathungen. Das müßte auch in Preußen möglich sein. In einzelnen Staaten sind auch schon weibliche Assistenten eingeführt. Anerkennung will ich dem Staatssekretär für die Errichtung des Museums für Unfallverhütung zollen. Einer Anregung des Hannoverschen Fabrikinspektors, die Unfallverhütungsvorschriften praktischer anbringen zu lassen und dazu die Maschinenfabriken anzuweisen, sollte man Aufmerksamkeit schenken. Die Milde der Urtheile über Vergehen der Unternehmer, die von den Fabrikinspektoren angezeigt sind, blamiren eigentlich immer den, der die Anzeige macht. Es ist geschehen, daß Unternehmer wegen Ueberbeschäftigung jugendlicher Arbeiter zu 10 und 15 Mk. verurtheilt wurden und im nächsten Jahre dieselben Leute wegen desselben Vergehens nur zu 10 und 25 Mk. (Hört! Hört! bei den Sozialdem.) Die ganze Gewerbeinspektion wird durch diese geringen Strafen desavouirt. Der Arnsberger Beamte sagt ausdrücklich, die Gerichte nähmen die Gewerbeordnung nicht so ernst und ließen sich von den Unternehmern leiten. Im Elsaß hatte ein dortiges Schöffengericht eine Geldstrafe von 500 Mark in einem Falle festgesetzt. Auf Berufung des Unternehmers erfolgte Ermäßigung auf 50 Mk. In solcher Milde liegt eine Gefahr für die Arbeiterwohlfahrt und ich erhebe deshalb öffentlich Anklage gegen diese milden Richter, die gegen Arbeiter so harte Urtheile fällen, daß in Arbeiterkreisen sich ein Schrei der Entrüstung erhebt. In Sachen der Friedrichsgrube sind, trotzdem sogar Bücher gefälscht sind, um die Arbeiter auszubeuten, nur Strafen von 100, 200 und 300 Mk. verhängt. Da können die Arbeiter kein Vertrauen zu der sozialen Gesetzgebung haben. Sie können es mir glauben, nicht wir sind es, die Unzufriedenheit säen. (Lebh. Bravo bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was den Berlepschen Erlaß anbelangt, so liegt die Sache so, daß ein Aufsichtsbeamter von einer solchen Organisation über seine Thätigkeit zur Rechenschaft gezogen würde. Das kann die Regierung nicht zulassen. Herr Wurm sprach davon, daß die Unternehmer Spitzel anstellen. Dieser Berlepsche Erlaß ist aber der „Niederrheinischen Volkstribüne" durch einen Spitzel mitgetheilt worden. Der Mann war als Schreiber bei einem Aufsichtsbeamten angestellt und schrieb die Erlasse stets aus den Akten ab. Die sozialdemokratische Presse hatte ihn als Spitzel angestellt. (Widerspruch bei den Sozialdem.) Uebrigens war dieser Mann verschiedentlich wegen Beleidigung, Mißhandlung, Unterschlagung und Erpressung verurtheilt. (Große Heiterkeit bei den Soz. Abg. Bebel: Solche Leute stellen Sie an!) Gewiß war es sehr unvorsichtig von dem Beamten, sich nicht über das Vorleben des Betreffenden zu erkundigen, aber wenn Sie darüber klagen, daß die Unternehmer Spitzel anstellen, so darf auch die Sozialdemokratie sich nicht solcher Leute bedienen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Rechnungssachen und Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß 5½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neueste Ansicht des Kaisers über die Sozialdemokratie. Am Dienstag wurde in der technischen Hochschule zu Charlottenburg die Jahrhundertfeier begangen. Bei dieser Gelegenheit wurde der offizielle Wortlaut der Rede mitgetheilt, die der Kaiser unlängst beim Empfang der Rektoren gehalten.

Die Rede lautete:

„Es hat mich gefreut, die technischen Hochschulen auszeichnen zu können. Sie wissen, daß sehr große Widerstände zu überwinden waren; die sind jetzt beseitigt. Ich wollte die technischen Hochschulen in den Vordergrund bringen, denn sie haben große Aufgaben zu lösen, nicht bloß technische, sondern auch große soziale Aufgaben. Die sind bisher nicht so gelöst, wie ich wollte.

Sie können auf die sozialen Verhältnisse vielfach großen Einfluß ausüben, da Ihre vielen Beziehungen zu Arbeit und zu Arbeitern und zur Industrie überhaupt eine Fülle von Anregung und Einwirkung ermöglicht. Sie sind deßhalb auch in der kommenden Zeit zu großen Aufgaben berufen. Die bisherigen Richtungen haben ja leider in sozialer Beziehung vollständig versagt. Ich rechne auf die technischen Hochschulen.

Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klar machen und die großen allgemeinen Aufgaben nicht außer Acht lassen. Also ich rechne auf Sie! An Arbeit und an Anerkennung wird es nicht fehlen.

Unsere technische Bildung hat schon große Erfolge errungen. Wir brauchen sehr viele technische Intelligenz im ganzen Lande; was brauchen schon die Kabellegungen, die Kolonien an technisch Gebildeten. Das Ansehen der deutschen Technik ist jetzt schon ein sehr großes. Die besten Familien, die sich anscheinend sonst ferngehalten, wenden ihre Söhne der Technik zu, und ich hoffe, daß dies noch zunehmen wird.

Auch im Auslande ist Ihr Ansehen sehr groß, und Ausländer sprechen mit größter Begeisterung von der technischen Bildung, die sie an Ihrer Hochschule erhalten haben. Es ist gut, daß Sie auch Ausländer heranziehen. Das schafft Achtung vor unserer Arbeit. Auch in England habe ich überall die größte Hochachtung vor der deutschen Technik erfahren, wie man dort die deutsche technische Bildung und die Leistungen der deutschen Technik schätzt. Wenden Sie sich daher auch mit aller Kraft den großen wirthschaftlichen und sozialen Aufgaben zu!"

Das Bemerkenswertheste an dieser Mittheilung ist, daß des Kaisers Ansichten über die Sozialdemokratie jetzt ganz anders lauten als früher. Während der Kaiser einmal sagte, „die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich schon fertig werden", während er früher den preußischen Adel zum „Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes" aufrief u. s. w., wendet er sich jetzt an die technischen Hochschulen, damit sie an der Lösung der sozialen Frage mithelfen. Den Scharfmachern à la Stumm wird die jetzige Aeußerung, die zugleich mit der Mahnung verbunden ist, der sozialen Rechte der Arbeiter eingedenk zu sein, wenig angenehm sein, denn die echte und rechte Scharfmacherei will nur von den Pflichten der Arbeiter gegen das Unternehmerthum, nichts aber von den Rechten der Arbeiter wissen.

Daß die Technik im Uebrigen an sich geeignet wäre, die Erkenntniß der sozialen Probleme zu fördern, beweist gerade die Sozialdemokratie, deren Lehre wesentlich mit auf dem technischen Verständniß beruht, die deshalb auch nicht eher vorübergehen, nicht eher sich austoben kann, als die nothwendigen Konsequenzen aus der technischen Entwicklung im sozialistischen Sinne gezogen sind.

Bei der Jahrhundertfeier theilte noch der Rektor der technischen Hochschule, Professor Riedler, mit, daß Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt worden sei. In seiner Ansprache trat Riedler auch für die Schulreform, die allgemeine Volksschule und die — natürlich — Ausgestaltung der Kriegsflotte ein.

Holder Friede, süße Eintracht, so klingt es aus den Reihen der Konservativen angesichts der Behandlung, welche die Regierung der Kanalvorlage angedeihen läßt. Mit Bezug auf die Thronrede bemerkt das führende Blatt der Konservativen, die „Kreuzzeitung":

„Das Hauptinteresse konzentrirt sich selbstverständlich auf denjenigen Theil, der sich auf die Kanalvorlage bezieht. Bemerkenswerth ist hierbei der nüchterne Ton, mit dem dieser Gegenstand behandelt wird. Erfreulich wäre es, wenn diesem nüchternen Tone auch die weitere Behandlung der Vorlage durch die Staatsregierung entsprechen würde. Denjenigen, die in der Herbeiführung eines vollständigen Bruches der Staatsregierung mit den Konservativen augenblicklich ihre vornehmste Aufgabe erblicken, mag die Form, in der die Kanalvorlage von Neuem angekündigt wird, eine gewisse Enttäuschung bereitet haben. Denn in diesen Kreisen hatte man die stille Hoffnung, daß schon in der Thronrede wegen der Annahme derselben den Konservativen eine Art von Ultimatum gestellt werden würde. Wir haben von vornherein die Erfüllung dieser Hoffnungen für ausgeschlossen gehalten, und wir freuen uns, daß diese Annahme sich als gerechtfertigt erwiesen hat. Diese Freude entspringt selbstverständlich nicht dem Gefühle des Stolzes über unsere Prophetengabe, sondern der Genugthuung, daß die Staatsregierung es vermieden hat, hier einen Weg zu betreten, der für die Entwickelung unserer inneren Politik verhängnißvolle Folgen haben kann."

Die Junker sind also mit der Haltung der Regierung zufrieden und schöpfen weitere Hoffnungen daraus. Sie haben Grund dazu.

Hohenlohe der Träumer. „Was mich betrifft, so gestehe ich, daß, wenn ich mich ins Studium der Marine-Angelegenheiten vertiefe, dann leicht Träume vor mir vorüberziehen von großen Flotten, die unter deutscher Flagge den Ozean durchschneiden. Diese Träume zerfließen aber sofort, sobald ich mich des Reichstags und der Steuerzahler erinnere. Dann thürmen sich Unmöglichkeiten auf, vor denen mancher liebgewordene Wunsch zurücktreten muß." — Also sprach, wie der „Vorwärts" erinnert, Fürst Hohenlohe im Reichstag am 1. März 1895. Der alte Kanzler träumt noch immer, aber er erwacht nicht mehr aus seinem Traume, wie vor 5 Jahren, sondern er spricht aus dem Traume, der keine Unmöglichkeiten kennt.

Kleine politische Nachrichten. Die Budget-Kommission des Reichstages trat Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. v. Kardorff in die Berathung der ihr überwiesenen Theile des Reichshaushaltsetats ein. Zunächst stand der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung zur Verhandlung. — Ein Danktelegramm des Kaisers ist an den König von Württemberg abgegangen, der den Vorsitz im württembergischen Landes-Ausschuß des Flottenvereins übernommen hat. Der Kaiser spricht in dem Telegramm die Hoffnung aus, „daß die Vorgänge der letzten Tage immer weitere Kreise davon überzeugt haben, daß nicht nur Deutschlands Interessen, sondern auch Deutschlands Ehre in fernen Meeren geschützt werden und daß hierzu Deutschland auch zu Wasser stark und mächtig dastehen muß. — Die Angriffe auf den Reichskanzler wollen nach der „Freis. Ztg." die Freikonservativen beim Etat des Reichskanzlers im Stil der Reden vor den Weihnachtsferien fortsetzen, weil es im Reichstage möglich ist, den Kanzler zu isoliren, während bei der Etatsdebatte im Abgeordnetenhause auch Herr Miquel in die Angriffslinie kommen würde. — Die Grube Amalie Wilhelmine in Teuplitz ist, wie aus Forst i. d. Lausitz gemeldet wird, in Brand gerathen, und zwar durch Selbstentzündung. Bei den Löscharbeiten ist ein Obersteiger und ein Bergarbeiter erstickt, ein Arbeiter wurde betäubt. — In Warschau wurden 22 Personen der gebildeten Stände, darunter 6 Damen, verhaftet, unter dem Verdacht, eine geheime Agitation gegen die Staatsregierung in nationalpolnischem Sinne betrieben zu haben. — Das Loskaufsystem in Belgien wird demnächst zu existiren aufhören. In allen Parteien hat nachgerade die unmoralische Einrichtung Anfechtung erfahren und ihre Abschaffung ist in das Programm der Parteien aufgenommen worden. In der gegenwärtigen Tagung noch gilt daher die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch in Belgien für sicher. — In Paris fand Dienstag eine Versammlung derjenigen Geschworenen statt, die Deroulede im Juli freisprachen. Mit allen gegen eine Stimme protestirten dieselben gegen seine jetzige Verurtheilung durch das Staatsgericht. — Aus Konstantinopel wird gemeldet, Turkan Pascha und Nouri-Bey, einst Delegirte der Haager Konferenz, seien amtlich nach Paris befohlen worden, um Mahmud Pascha aus patriotischen Gründen zu veranlassen, nach Konstantinopel zurückzukehren. Der Sultan-Schwager hat über die Korruption in den höchsten Amtskreisen der Pforte und über die Willkürherrschaft des Sultans selbst, zu plaudern angefangen. Nun soll er so patriotisch sein, sich zur Empfangnahme der seidenen Schnur in Konstantinopel einzufinden. Es ist nicht anzunehmen, daß er seinen Patriotismus und seine schwägerliche Loyalität so weit treiben werde. — Das Amsterdamer „Allg. Handelsblad" erfährt aus Batavia: An der Südküste Neu-Guineas sind 5 Offiziere des Dampfers „Pel" an's Land gegangen; drei wurden durch Papuas gefangen; einer davon wurde verwundet. Der Dampfer hat den Platz verlassen. Ein Kriegsschiff ist bereits unterwegs. — Auf den Karolinen ist die Insel Yap nach der Hissung der deutschen Flagge von einem heftigen Taifun am 9. November heimgesucht worden, der viele Häuser und Anpflanzungen zerstört hat. Die fünf im Hafen liegenden Schiffe geriethen sämmtlich auf Grund, die spanischen zweimal und der deutsche Kreuzer „Jaguar" dreimal. Nach einem Bericht im Berliner „Lok.-Anz." wurde der „Jaguar" jedes Mal wieder flott, ohne wesentlichen Schaden genommen zu haben. — In Westaustralien ist, wie aus Perth vom Mittwoch gemeldet wird, in Folge eines Ausstandes der Eisenbahnangestellten die Lage in dem Distrikt der Goldfelder ernst. Die Ausständigen bemächtigten sich der Lokomotive eines Zuges, der in Kalgoorlie zur Abfahrt bereit stand. Wenn der Ausstand fortdauert, wird sich Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und Heizmaterial einstellen und wahrscheinlich die Schließung der Minen die Folge sein.

Oesterreich-Ungarn.

Bergarbeiterausstand. Sämmtliche Arbeiter des Louisschachtes der Witkowitzer Steinkohlengruben in Böhmen beschlossen einstimmig, Donnerstag nicht einzufahren. Die Arbeiter des Tiefbauschachtes dürften ebenfalls in den Ausstand treten.

Italien.

Die Korruption ist im Lande König Umberto's ungeheuerlich. Nachdem erst eben im Maffiaprozeß die schauderröseste Mißwirthschaft aufgedeckt worden ist, steht bereits wieder ein großer Sensationsprozeß in Aussicht. Wie aus Rom gemeldet wird, findet demnächst in Sassari auf Sardinien die Verhandlung eines Monstreprozesses statt, in welchem nicht weniger als 400 Angeklagte, 900 Belastungs- und 1000 Entlastungszeugen auftreten werden. Unter den Angeklagten befinden sich Bürgermeister, hohe Beamte, Professoren und reiche Kaufleute, welche sämmtlich des Diebstahls oder des Brigantenthums angeklagt sind.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze liegen heute so gut wie keine Nachrichten vor. Es wird lediglich durch das Reutersche Bureau aus Molteno gemeldet, daß der in der Nacht zum Montag von Sterkstrom aus unternommene große Erkundigungszug ergeben hat, daß die Buren Stormberg mit beträchtlichen Streitkräften besetzt halten. Gleichzeitig wurden von Molteno beträchtliche Vorräthe erfolgreich fortgeschafft.

Eine überraschende Nachricht verbreitet das „Wolff'sche Bureau." Alle Welt ist gespannt auf genaue Angaben über den Kampf um Ladysmith. Darüber aber schweigt sich das englische Kriegsamt aus, statt dessen berichtet das Londoner Blatt „Daily Mail", daß demnächst noch die Abberufung eines anderen zur Zeit in Südafrika kommandirenden Generals erfolgen werde. — Diese Mittheilung über die Abberufung von zwei Generalen kommt völlig überraschend. Bisher hat nicht einmal von der Abberufung eines Generals etwas verlautet.

Feldmarschall Lord Roberts, der an Stelle Bullers das Oberkommando übernehmen soll, ist mit seinem Generalstabschef Lord Kitchener Mittwoch in Kapstadt eingetroffen. Seiner wartet eine schwere Aufgabe; denn er soll den Karren wieder aus dem Sumpfe ziehen.

Das englische Kriegsamt veröffentlicht die Verlustliste von Colesberg. Die Verluste betragen danach an Todten einen Kommandanten, drei Offiziere und 20 Mann, an Verwundeten 21 Mann, an Vermißten 6 Offiziere und 107 Mann. Zählt man zu diesem Verluste noch 56 Mann, welche vom 1. bis 6. Januar von der Kolonne des Generals French gefallen sind, so ersieht man, daß General French bis zum 6. Januar 207 Mann verloren hat, ohne auch nur einen Schritt an Terrain gewonnen zu haben.

Die Beschlagnahme der Delagoabai durch England scheint in den nächsten Tagen erfolgen zu sollen. Wenigstens läßt folgende Meldung, welche das „Bureau Herold" verbreitet, darauf schließen. Das betreffende Londoner Telegramm lautet:

Die Abendblätter veröffentlichen die sensationelle Meldung, das Kriegsamt werde Maßregeln von außerordentlicher Wichtigkeit treffen. Sämmtliche Miliztruppen, sämmtliche Freiwillige, sämmtliche Spezialkorps sollen einberufen, also die gesammten Streitkräfte des Königreichs mobilisirt werden. Angeblich sollen weitere 50 000 Mann nach Südafrika entsendet werden. Andere Truppen sollen etwaigen europäischen Verwickelungen, welche aus der Besitznahme der Delagoabai entstehen könnten, Widerstand leisten."

Falls diese Meldung der Wahrheit entspricht, bereiten sich schwere internationale Verwickelungen vor, denn

die Mächte werden sicherlich nicht so ohne Weiteres die Beschlagnahme der Delagoabai durch England zulassen.

Aus Brüssel meldet das „B. T.": Dr. Leyds beklagt sich darüber, daß die Engländer alle an die hiesige Transvaal-Gesandtschaft gerichteten Postsendungen, die über Lourenzo Marques oder über Kapstadt gehen, widerrechtlich zurückhalten.

Zur „Bundesrath"-Affaire wird gemeldet: Dem Vernehmen nach ist nunmehr festgestellt, daß die Passagiere des „Bundesraths" Mitglieder der italienischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze waren, die in gleicher Weise verwundete Briten und Buren pflegen sollten. Es sei noch nicht endgültig festgestellt worden, ob unter der Ladung des „Bundesraths" Konterbande sich befinde, aber es verlaute, daß die englische Regierung bereit sei, volle Entschädigung für jede Verzögerung zu gewähren, wenn sich keine Konterbande vorfindet. Die von der deutschen Regierung unverzüglich gemachten Vorstellungen hinsichtlich der Behandlung neutraler Schiffe seien von der englischen Regierung „mit aller Berücksichtigung" entgegengenommen worden. — Der „Standard" berichtet aus Durban unter dem 7. Januar: Die Ladung dem Dampfers „Bundesrath" wird gelöscht. Bisher ist nichts gefunden worden, was verdächtig wäre. — Die Freilassung deutscher Reichspostdampfer hat bereits begonnen. Außer dem, wie bereits gemeldet, freigegebenen Reichspostdampfer „General", auf den, wie dem Reuterschen Bureau aus Aden gemeldet wird, außer einigen Chemikalien (!) und Radachsen (!) nichts gefunden wurde, und der bereits seine Weiterreise angetreten hat, ist auch der Reichspostdampfer „Herzog" von den britischen Behörden in Durban freigegeben worden. Es ist bisher überhaupt noch an Bord keines einzigen deutschen Reichspostdampfers Kriegskonterbande gefunden worden. — Dem Reuter'schen Bureau zufolge verlautet, der Attorney-General habe Vorschriften für die Behörden über das Verfahren betr. die Konterbande ausgearbeitet. — Nach Aden wird noch ein weiteres britisches Kriegsschiff abgehen.

Um die wachsende Aufregung in England zu beschwichtigen, hielt der persönlich beliebteste Minister der heute regierenden Partei Balfour Reden. So in Manchester vor seinen Wählern. Hier bezeichnete er die Behauptung, Englands Vorgehen in Südafrika sei von dem Wunsche eingegeben, das Reich durch reiche Gebiete zu vergrößern, als falsche Anschuldigung und Verleumdung. Großbritannien habe nichts zu gewinnen von dem Kriege, welcher viele Kosten verursache; aber über alle Ausgaben stünden die Menschenleben, welche kein Geld kaufen könne. Er hoffe, auf der nächsten Jahresversammlung von errungenen Siegen, von der Wiederherstellung des Friedens und der Einführung gleicher Rechte in ganz Südafrika sprechen zu können. — Das sind Phrasen, die um so weniger Effekt machen können, als Chamberlain's Entlarvung das ganze englische Kabinet mitbelastet, sei es auch nur, daß es sich unfähig zeigte, den gekauften Spekulantenhelfer zu durchschauen. Selbst die „Times" kritisiren scharf die Ausführungen Balfour's über die Haltung der Regierung in Bezug auf Kriege. Sie sagen: es wäre besser für das Land, wenn das Kabinet offen zugebe, daß es Fehler begangen habe.

Aus südafrikanischen, in Amsterdam eingetroffenen Blättern sind die folgenden interessanten Mittheilungen zu verzeichnen. Der „Bloemfontein Expreß" enthält einige Berichte über Fälle von Insubordination, die in dem englischen Heere, in Südafrika vorgekommen sein sollen. Nach dem genannten Blatte hätte General White in Ladysmith vierzig englische Soldaten wegen Gehorsamsverweigerung füsiliren lassen. Die „Standard und Diggers News" enthalten einen offiziellen Bericht vom 2. Dezember aus dem Buren-Hauptquartier am Modderflusse, gerichtet an den Präsidenten Steijn, in welchem gesagt wird, daß 4 Aerzte einer Burenambulanz sammt ihrem Personale von den Engländern gefangen genommen worden seien. Sie waren ausgerückt, um den in der Schlacht vom 28. November Verwundeten zu Hülfe zu kommen und sind nicht zurückgekehrt. Lord Methuen hat diese Aerzte, wie man jetzt weiß, nach Kapstadt bringen lassen. Dort wurden sie freigelassen und man überließ es ihnen, den Rückweg zum Burenheere zu finden. Erst später wurden sie dann doch an die Grenze gebracht. — Ueber die Verwendung der englischen Luftballons meldet die „Volksstem", daß der Dienst derselben nicht allein darin besteht, die Stellungen der Buren aufzudecken, sondern auch Dynamit aus der Luft auf die Buren herabzuwerfen. Allein diese Kriegsmethode habe wenig Nutzen, weil die Linien der Buren zu zerstreut und die Ballons zu vereinzelt seien.

Lustbarkeitsteuer.

A. K. Als das samtliche Jahrhundert der kaninchenhaft fruchtbaren Gesetzgebung das Zeitliche segnete, trat für das lübsche Staatsgebiet eines jener Gesetze in Kraft, die den Stempel ihres staatsdefizitlichen Ursprungs unverhüllt an der Stirn tragen, eines jener Gesetze, bei deren Fabrikation die Noth der schweren Zeit, die Zwangstugendmacherei und der spießbürgerliche Hang, unbesehen zu acceptiren, gleichmäßig betheiligt waren: das Gesetz vom 26. Februar 1896, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Lustbarkeiten. Je länger man es betrachtet, je krauser sieht es aus. Wer etwas Einheitliches darin sucht und muthmaßt, es entspringe einem bestimmten Prinzip, der mag suchen, bis er schwarz wird. Das „größere Lübeck", das Ideal unserer aus jahrzehntelangem Winterschlaf erwachenden Handelswelt, gab die Anregung zur Schaffung des Dinges. Moderne Verkehrsstraßen kosten Geld. Woher nehmen und nicht stehlen? Da ist guter Rath oft theuer. Allein, der große Moment fand auch ein starkes Geschlecht. Her mit der Lustbarkeit, daß sie blute für das Vaterland! Es ist das unvermeidliche Schicksal aller im Klassenstaate von Vertretern einer bestimmten Klasse auf dem Gebiete des Steuerwesens getroffenen Vorkehrungen, daß sie mehr oder minder auf eine indirekte Schröpfung der breiten Massen des Volkes hinauslaufen und nebenbei vielfach noch einen mehr oder minder lebensgefährlichen Eingriff in die Existenz bestimmter Berufe bedeuten. Als man vor nahezu vier Jahren in der Bürgerschaft über den Gesetzentwurf debattirte, ward von einigen Rednern der schüchterne Versuch gemacht, die Kritik in diese Richtung zu lenken, allein die kanalbegeisterte Majorität fügte sich dem bündigen Vorschlage des inzwischen verstorbenen Polizeisenators Dr. Rittscher, bei der Berathung nur den Gesichtspunkt zu beachten, daß die Tendenz des Gesetzes lediglich dahin gehe, Geld zu machen. Ob und inwieweit es diesen Zweck erfüllen wird, hängt völlig davon ab, ob die Polizeibehörde es mit dem nöthigen Geschick und der erforderlichen Einsicht handhaben wird. Für die Wirthe wird es auf jeden Fall eine Quelle fortwährenden Aergers und unausbleiblicher Belästigungen werden. Es scheint die natürliche Bestimmung dieses vielgeplagten Berufes zu sein, von Zeit zu Zeit immer stärkeren Belastungsproben unterworfen zu werden. Was ruht nicht schon Alles auf seinem breiten Buckel!

Sehen wir uns das Gesetz etwas näher an! Man hat die Musikautomaten mit einer jährlichen Abgabe von 12 Mk. + 3 Mk. Schreibgebühr (wie man uns glaubhaft versichert) = 15 Mk. belegt. Unter diesen Umständen ist weder für einen Wirth noch für einen Musikinstrumenten-Vermiether ein halbwegs annehmbarer Verdienst mehr bei den Apparaten zu holen, ausgenommen vielleicht in ganz großen Restaurants mit ständig aus- und einfluthendem Verkehr; denn einerseits ist der Lokal-Inhaber genöthigt, manchen Nickel selbst zu opfern, andererseits vernothwendigen sich manche Reparaturen, auch ist die Abnutzung eine große. Nun liegt uns persönlich zwar nichts ferner, als Liebhaberei für diese Art Musikgenuß, den nicht geringen Schaden jedoch, den vor Allem die Händler und Vermiether erleiden können und sicherlich erleiden, sind wir doch genöthigt zu kennzeichnen. Es wird Besteuerung der großen Waarenhäuser im Interesse der Kleinbetriebe verlangt, — hier stellt man ohne Besinnen, ohne auch nur im Traume an eine Schadloshaltung zu denken, die Existenz von Angehörigen des Mittelstandes in Frage.

Noch weit kräftiger, mit 120 Mk. pro Jahr, hat man die Orchestrions bedacht. Ohrenschmaus zu bereiten, sind auch diese Instrumente nicht geeignet. Es hält sich jedoch mancher Lokalinhaber ein mechanisches Klavier, um kleineren Gesellschaften, zu Hochzeiten usw., eine billige Tanzmusik liefern zu können; und die beine-schwenkende Welt ist bekanntlich schon froh, wenn sie nur den Takt heraushört. Für Wirthe lohnte es sich also bisher, einen derartigen Apparat zu halten. In Zukunft ist das nicht der Fall. Rechnen wir — hochgegriffen — monatlich einen Abend, an dem das Instrument gebraucht wird. Es ergibt das an Gebühren 12 Mk. und Bedienung des Instruments 5 Mk. und Polizeigebühr für Tanzen usw. bis 2 Uhr 23 Mk. = 40 Mk. Daß diese Summe bei Gesellschaften von 40—60 Personen angesichts der sonstigen Kosten nicht herauszuholen ist, liegt klar auf der Hand. Die Folge wird sein, daß solche Feste aus geräumigen Lokalen in die engen Zimmer kleiner Hausstände zurückgebannt werden. Sie werden dort an sich zwar nicht billiger, aber weit weniger gemüthlich. Der kleine Mann verfügt eben nicht über die Prunksäle der Patrizierhäuser, in denen man sich kostenlos und an keine Polizeistunde gebunden verlustiren kann. Er muß biechen oder sich in dunstiger Enge quetschen.

Die musikalischen Unterhaltungen in Wirthschaften, Gesangvorträge und dergl. hat man ebenfalls tüchtig mitgenommen. Auch hier wollen wir die künstlerische Seite außer Acht lassen. Das Volk kann weder das theure Theater, noch die theuren Konzerte, noch die „Volkskonzerte" besuchen, welche der vom Staat mit Subvention gefütterte Musikverein veranstaltet, es ist leider auf minderwerthige und unvollkommenere Genüsse angewiesen. Ob es da eine Maßregel ist, die zur Ueberbrückung der sozialen Gegensätze dient, wenn man auch über dieses primitiv unschuldige Vergnügen einen dicken Strich macht und gleichzeitig den Musikern, deren Lage in Lübeck ohnehin eine äußerst bedrängte ist, das Brod vorm Maude wegnimmt, sei dahingestellt. Thatsächlich werden viele Wirthe, die bisher an Sonntagen einen Klavierspieler oder dergl. zur Unterhaltung der Gäste engagirten, dies künftig unterlassen. Bisher erzielten sie allenfalls eine Mehreinnahme, durch die das Salair des Spielers gedeckt wurde, mehr sicher nicht; sollen sie jetzt aus der eigenen Tasche noch etwas draufzahlen, dann verzichten sie, und der Musiker ist der leidende Theil. Die deklamatorischen und ähnlichen Darbietungen, welche dem Volke zugänglich sind, entsprechen wahrlich nicht den Wünschen, die wir in dieser Beziehung hegen, allein sie sind heute zu unserem Bedauern das Einzige, was, abgesehen von den rein belehrenden Darbietungen der Arbeiterorganisationen, zur Verfügung steht. Nun soll auch darauf noch höherer Zoll gelegt werden! Und wie steht es denn, wenn es der Arbeiterschaft — vielleicht recht bald, so hoffen wir —, gelingen sollte, aus eigener Kraft ihren Angehörigen Besseres billig zu bieten? Wird ein unersättlicher Fiskalismus auch hier den Bildungsbestrebungen des Proletariats hemmend in den Weg treten? Wird er Zins heischen, wenn die Werke unserer großen Ton- und Wortkünstler unter die Massen getragen werden? Heute, wo die bürgerliche Gesellschaft einsieht, daß sie ohnmächtig ist, dies fertig zu bringen? Wir wollen's abwarten.

Am fühlbarsten wird die arbeitende Klasse getroffen von der enormen Besteuerung der Tanzvergnügen, die bekanntlich verdoppelt worden ist. Es wird heute, namentlich unter den Spießern, so viel genörgelt über das Vereinswesen. Wollten die Kritiker ehrlich sein, dann müßten sie zugeben, daß diese Vereine fast ausnahmslos Schulen der Gesittung für die Arbeiter gewesen sind, daß an die Stelle des rüden, oft widerlichen Treibens des öffentlichen „Kuhschwofs" das familiäre, ungezwungene, unendlich viel anständigere Vergnügen sozial gleichstehender, beruflich zusammengehöriger Menschen getreten ist. Hier ist der zum Einschreiten bereite Schutzmann überflüssig, weil dem Einzelnen die Gesammtheit mahnend gegenübersteht, hier fügen sich auch excessiv veranlagte Naturen, weil sie fühlen, daß für Ausschreitungen und Kraftmeiereien absolut kein Boden vorhanden ist. Von Jahr zu Jahr tritt diese hocherfreuliche Thatsache deutlicher in die Erscheinung. Die überschäumende Jugend findet unter der Obhut des reiferen Alters Gelegenheit, Maßhalten und Selbstzucht zu lernen. Hier liegt die schwere Gefahr vor, daß, wenn namentlich die kleineren Vereine auf dem Gebiete bescheidener, harmloser Vergnügungen lahmgelegt werden, die junge Welt wieder, sich selbst überlassen, auf die Tanzböden dritter und vierter Güte gejagt und dort der oft verwünschten Verrohung ausgesetzt wird. Es wird der ganzen Energie der Arbeiterorganisationen bedürfen, dem vorzubeugen, und wir erwarten zuversichtlich, daß die Polizeibehörde ihnen diese Aufgabe erleichtern wird. Das kann sie am besten, wenn sie — wie erfreulicher Weise bisher geschehen — sich absoluter Unparteilichkeit befleißigt und in der Arbeiterschaft das beruhigende Gefühl erhält, daß sie mit gleichem Maße gemessen wird, wie alle anderen Kreise. Doch nicht das allein. Sie soll auch alle unnöthigen bureaukratischen Scherereien vermeiden. Das geht ganz gut, man versuche es nur! Es hat gar keinen Zweck, wenn man kleinen Vereinen, Gewerkschaften u. s. w. das Leben sauer macht, sei es bezüglich der Einführung von Nichtmitgliedern oder sonstwie. Wer möchte nicht einmal einen guten Freund, einen auswärtigen Verwandten zu einem Ball, zu einem Stiftungsfest mitnehmen? Das ist etwas so Selbstverständliches, daß danach überhaupt nicht gefragt werden sollte! Ihre Vergnügungen nicht den Charakter eines Salontanzvergnügens gewinnen zu lassen, daran haben die Vereine selbst zur Erhaltung der Wohlanständigkeit und Gemüthlichkeit ihrer Feste ein vitales Interesse. Mische die Behörde also in den sauren Wein des doppeltgeschröpften Vergnügens, der horrenden indirekten Steuer, nicht noch den Wermuthstropfen der Buchstabengerechtigkeit, dann wird sie mit der Arbeiterschaft in dieser Hinsicht, wie bisher, gut und verträglich arbeiten können. Was nach unserer Meinung im beiderseitigen Interesse liegt.

Wir könnten die Kritik noch weiter ausdehnen, versparen dies aber auf einer andere Zeit, wo die Gelegenheit noch günstiger ist. Für heute genügt es, festzustellen, daß in unserem Staatswesen nicht daran gedacht wird, von dem System der **indirekten Steuern** auch nur einen Finger breit abzuweichen. 1899 die Fahrradsteuer, 1900 die Lustbarkeitsteuer — ein paar giftige Blüthen von jenem Baum!

Wer politisch dabei profitirt, das spüren am besten der — Reichsverein und der Vaterstädtische. Sie zahlen die Wahlzeche!

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 11 Januar 1900.

Achtung, Werftarbeiter! Zuzug nach Kopenhagen ist wegen Ausbruchs von Differenzen unbedingt fernzuhalten!

Achtung! Im Interesse der Partei wird gebeten, die Adressen von Karl Stampehl und Christian Kreuz an den Unterzeichneten einzusenden.

Herm. Otto, Vertrauensmann, Lägerdorf i. Holst. Dorfstr. 23 b.

Vermißt wird seit dem 20. Dezember der achtzehnjährige Realschüler Kurt Schmidt von hier. Nachrichten erbittet Apotheker Schmidt zu Sternberg i. M.

Handelsregister. Am 10. Januar 1900 ist eingetragen: auf Blatt 2206 die Firma: „Fritz Kruse". Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Fritz Ernst Maria Kruse, Kaufmann; auf Blatt 1002 bei der Firma: „August Haerder u. Co.": Olga Haerder geb. Schmidt ist als Gesellschafterin ausgetreten. Prokurist: Felix Haerder.

• **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Freitag wird als zweite Vorstellung zu „versuchsweise ermäßigten" Preisen Verdi's unvergängliche Oper „Der Troubadour" gegeben — Am Sonnabend kommt ein hochinteressantes Schauspiel erstmalig hier zur Aufführung: „Im Dienst" von Sumbatow, aus dem Russischen übersetzt von Eugen Zabel.

h. **Circus Variete.** Für morgen, Freitag Abend, ist im Circus Reuterkrug ein volksthümlicher Abend bei halben Kassenpreisen von Herrn Direktor Kalnberg arrangirt worden, der sehr interessant zu werden verspricht. Wir machen unsere geehrten Leser noch besonders hierauf aufmerksam.

Crummesse. Eine öffentliche Versammlung findet am Sonntag, den 14. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Liebelt hierselbst statt. Redakteur Kasch-Lübeck wird über „Gemeindeordnung und Gemeindeabgaben" sprechen. Bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes ist es erforderlich, daß alle erwachsenen Gemeinde-Angehörigen, insbesondere die durch die jüngsten Maßnahmen des Gemeinderathes Betroffenen, sich einfinden, um für Wahrnehmung ihrer bedrohten Rechte zu streben.

* **Schwartau.** Die Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts ist für Rechtsuchende Wochentags von 11—1 Uhr geöffnet. — Das von Wickede-Testament wird am 20. d. Mts., Mittags 12 Uhr, im Amtsgerichte vorlesen.

* **Eutin.** Holzauktionen. Revier Schönwalde. Am Freitag, den 12. Januar d. J. kommen bei der Ww. Bünning in Schönwalde zur öffentlichen Versteigerung: 1. Hollergraben. Buchen: 8 Nfdr. Durchforstungsholz. 2. Mönchbusch. Buchen: 10 Rm. Stangenknüppelholz. Buchen: 87 Nfdr. Durchforstungsholz 1. Kl. 3. Caviau. Buchen: 157 Rm. Klustholz. Buchen: 7 Rm. Knüppelholz. Zusammenkunft der Käufer vormittags halb 11 Uhr. — Revier Casseedorf. Am Dienstag, den 16. Januar d. Js. kommen beim Gastwirth Roßburg-Sandfeldkrug zum öffentlichen Verkauf: 1. Ochsenhals. Fichten: 4 Rmtr. Knüppelholz. 2. Sandfeldgehege. Fichten: 87 Stck. Drahtpfähle, Kiefern: 161 Stck. Drahtpfähle, Kiefern: 147 Rmtr. Knüppelholz. 3. Hoheholz. Kiefern: 75 Rmtr. Knüppelholz. 4 Kieferngehege. Kiefern: 56 Rmtr. Knüppelholz. 5. Glinde. Fichten: 21 Rmtr. Knüppelholz. Zusammenkunft der Käufer Nachmittags 2 Uhr.

* **Eutin.** Der Provinzialrath des Fürstenthums tritt am Montag, den 15. d. Mts., Vormittags

10 Uhr, im Rathhause hierselbst zusammen. Er wird einen Tag verhandeln. — An anzeigepflichtigen Krankheiten gelangten im Dezember zur Anzeige Scharlach 15 (Eutin 2, Ahrensbök 4, Schwartau-Rensefeld 3), Diphteritis 5 (Eutin 4.) — Die Anmeldungen zur Stammrolle haben in der Zeit vom 15. Januar bis 31. Januar bei den Gemeindevorstehern resp. beim Magistrate zu Eutin zu erfolgen. Das Nähere ist unter Lübeck bereits bekannt gegeben. — Der Gemeinderath hält am Sonnabend, den 13. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht: Verkauf des Giffhorn'schen Hauses, Wahl von Armenvätern. — Die Hundebesitzer der Landgemeinde haben die Hunde im Laufe des Monats beim Bauervogt anzumelden.

Altona. Das Schwurgericht verurtheilte den Arbeiter Köhn, welcher am 1. November v. Js. den Arbeiter Quistorf nach voraufgegangenem Wortwechsel, den er provozirt hatte, erstochen hat, zu 7 Jahren Zuchthaus. Köhn gehörte zu jenen erbärmlichen Subjekten, die dem Hafenarbeiterstreik beitraten, um Unterstützungsgelder zu ziehen, und für die das Lübecker Amtsblatt die treffende Bezeichnung „Streikdrohnen" gemünzt hat. Der Ermordete hatte bei der gleichen Gelegenheit als Arbeitswilliger fungirt.

Altona. Ein Todesurtheil fällte gestern das Schwurgericht. Es traf den vierundzwanzigjährigen Dienstknecht Ernst Feldhusen aus Geesthacht, welcher am 28. August in Mehagen bei Ahrensburg die bejahrte Ehefrau des Landmanns Billerbeck ermordete und beraubte.

Preetz. Todessturz. Eine 72jährige Wittwe Henschen stürzte eine Treppe hinab durch ein Fenster hindurch auf eine steinerne Kellertreppe und war auf der Stelle todt.

Bremen. Das Schwurgericht verurtheilte den Schießbudenbesitzer Ahrend, welcher auf dem vorjährigen Gewerkschaftsfeste seinen Neffen Wilhelm niederschoß, sodaß dieser Zeitlebens Krüppel bleibt, zu 2½ Jahren Gefängniß. Er war von dem Jüngeren, der wider seinen Willen Umgang mit seiner Tochter hielt, gereizt worden.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Erklärung.

Kolb und Wege, Schmiedegehülfen in der Maschinenfabrik von G. Schärffe, erklären hierdurch unter Bezugnahme auf das Eingesandt in Nr. 5 dieses Blattes vom 7. d. Mts., daß sie nicht im Auftrage einer dritten Person gehandelt haben. Die Obigen.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen werden nicht beantwortet.

Abonnent C. Sch. Bei der Anmeldung zur Stammrolle müssen Sie einen Geburtsschein vorweisen. Derselbe wird Ihnen durch die Standesamts-Behörde Ihres Heimathsortes unentgeltlich ausgestellt.

Bekanntmachung.

In Folge der anhaltenden und enormen Preissteigerung für feinste Rohmaterialien stellt sich der Preis für

Van den Bergh's Margarine, Marke

„VITELLO"

Deutsches Reichspatent No. 97057

von jetzt ab auf 75 Pfg. per Pfund.

„VITELLO" ist bester Ersatz für Naturbutter.

— Ueberall erhältlich. —

General-Vertreter für Lübeck und Umgegend: **Johs. Klüssmann, Mengstraße 54.**

Solo.

Ein freundliches Logis zu vermiethen an 1 oder 2 junge Leute Engelswisch 26.

Ein freundl. Logis Schmiedestraße 25, 2. Etage.

Zum 1. April an ruhige Leute **eine Parterrewohnung,** enth. 3 helle Zimmer mit Zubehör, zu vermiethen. Pr. 300 Mk. Cronsforder Allee 49.

Mädchen erhalten sofort Stellung für hier und nach Auswärts. Frau **Penkert,** Vermietherin, St. Johannis 6. 1. Et.

Brodträger gesucht für **Marienthal, Stockelsdorf, Mori, Fackenburg** gegen hohe Procente (20 pCt.) **C. Müyser's** Bäckerei.

Gute Kartoffeln, faß- und sackweise, empfiehlt zu den billigsten Preisen **W. Westfebling,** Engelsgrube 30.

Meiereibutter.

Feinste Mk. 1,15.
Feine Mk. 1,05.

Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Solo.

Neue Ia. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Essig, Essigsprit u. Wein-Essig
zum Schlachten
in Gebinden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Gesang-Verein „Einigkeit"

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend den 13. Januar
Abends 8½ Uhr
im Lokale Neu-Lauerhof.
Der Vorstand.

SOLO.

Frau Hannemann, Hebamme
Gr. Kiesau 48.

Gr. Extra-Ball

als Benefiz für den Kassirer des Club Kranken- u. Sterbekasse „Fidelitas"
am Sonntag den 14. Januar
in der festlich decorirten **„Tivoli-Halle".**
Lokalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Fremdenpreis 50 Pfg.
Damen haben nur 20 Pf. Garderobengeld zu zahlen.
Auch in diesem Jahre haben es die Herren Gebr. Puls freundlichst übernommen, das verehrte Publikum in den Zwischenpausen durch einige Vorträge zu erfreuen.
Zu diesem meinem Vortheilsabend lade ich alle meine werthen Freunde und Gönner ganz ergebenst ein. Achtungsvoll **Franz Callies.**

Das Allerneueste
vom
Circus Variété
Freitag:
Erster volksthümlicher Abend bei halben Kassenpreisen.
Jede Person!
welche an der Abendkasse ein Billet löst, **zahlt halben Kassenpreis.**
Grosses Concert und Specialitäten-Vorstellung.
Sämmtliche Künstler mit neuen Einlagen.
Nur noch kurze Zeit!
Sonnabend: Drittletzte Vorstellung.
(Vom 16.—31. Januar finden keine Vorstellungen statt.)

Solo.

Achtung! Pastadiearbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 12. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten und Verschiedenes.
Um Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Freitag:
Zu versuchsweise ermäßigten Preisen.
Der Troubadour.

Solo.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verlegt: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 9. Freitag, den 12. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Das neue bürgerliche Recht.

VI.

Erbrecht.

Auch auf dem Gebiete des gesetzlichen Erbrechts bringt das Bürgerliche Gesetzbuch (V. Buch, §§ 1922 bis 2385) manche wichtige Neuerung. In den seitherigen Rechtsgebieten war die gesetzliche Erbfolgeordnung sehr verschieden. Die neueren Gesetzgebungen waren vorwiegend dem Gemeinen Rechte*) gefolgt, wonach die gesetzliche Erbfolge sich nach der Nähe der Verwandtschaft mit dem Erblasser, jedoch unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Art der Verwandtschaft bestimmte.

Demgegenüber bringt das Bürgerliche Gesetzbuch den Grundsatz zur Geltung, daß Verwandte, welche mit dem Erblasser die näheren Stammeseltern gemeinsam haben, solche Verwandte ausschließen, welche durch entferntere Stammeseltern mit dem Erblasser verbunden sind.

In diesem Sinne sind fünf Ordnungen aufgestellt. So lange ein Verwandter einer vorhergehenden Ordnung vorhanden ist, wird ein Verwandter, der einer folgenden Ordnung angehört, ausgeschlossen. Innerhalb einer Ordnung treten an die Stelle der näheren, aber zur Zeit des Erbfalles nicht mehr lebenden Verwandten die entfernteren Verwandten derselben Ordnung ein. Diese Regel kommt jedoch nur in den ersten drei Ordnungen zur Anwendung. In der vierten Ordnung begründet Gradesnähe einen Vorzug. Ueber die vierte Ordnung hinaus ist ein gesetzliches Erbrecht lediglich den Voreltern des Erblassers, soweit sie nicht der dritten oder vierten Ordnung angehören, eingeräumt.

Gesetzliche Erben der ersten Ordnung (§ 1924) sind die

Abkömmlinge des Erblassers,

also die Kinder, und wenn solche nicht mehr leben, die Enkel bezw. Urenkel desselben. Die Nachkömmlinge erben vor allen anderen Verwandten. Kinder erben zu gleichen Theilen. Mehrere Kinder desselben vor dem Erblasser verstorbenen Abkömmlings erhalten zusammen denjenigen einen Theil, welchen ihr zur Erbfolge berufener Elterntheil erhalten haben würde.

Während nach den meisten der seitherigen Rechte die noch am Leben befindlichen Eltern und die Geschwister des Erblassers sich in die Erbmasse zu theilen hatten, räumt das Bürgerliche Gesetzbuch den Eltern einen ganz erheblichen Vorzug vor den Geschwistern ein. Es erklärt (§ 1925) die Eltern des Erblassers und daneben allerdings auch die Abkömmlinge der Eltern, also die Geschwister des Erblassers, zu gesetzlichen Erben zweiter Ordnung. Aber wenn beide Eltern zur Zeit des Erbfalles noch leben, so erben sie **allein** und zu gleichen Theilen. Lebt nur der Vater oder die Mutter noch und sind daneben Geschwister des Erblassers vorhanden, so fällt an den Vater oder die Mutter die eine, an die Geschwister die andere Hälfte des Nachlasses. Für diese Festsetzung ist die Erwägung maßgebend gewesen, „daß dem Erblasser die Eltern regelmäßig näher stehen als die Geschwister, und daß sein Vermögen (namentlich in Folge der Gewährung einer Aussteuer oder Ausstattung) nicht selten von den Eltern herrühre; den Geschwistern geschehe überdies durch ihre Ausschließung kein Abbruch, weil der Nachlaß demnächst von den Eltern im Wege der Erbfolge regelmäßig doch an sie gelange". (Denkschrift zum Entwurf des Bürgerl. Gesetzb. S. 244.)

Die dritte Ordnung (§ 1926) umfaßt die Großeltern des Erblassers und deren Abkömmlinge. Leben zur Zeit des Erbfalles noch alle Großeltern, so erben sie allein und zu gleichen Theilen. Lebt von dem einen oder dem anderen Großelternpaare der Großvater oder die Großmutter nicht mehr, so treten an die Stelle des Verstorbenen dessen Abkömmlinge. Sind Abkömmlinge nicht vorhanden, so fällt der Antheil des Verstorbenen dem andern Theile des Großelternpaares und wenn auch dieser nicht mehr lebt, dessen Abkömmlingen zu. Lebt zur Zeit des Erbfalles ein Großelternpaar nicht mehr und sind auch keine Abkömmlinge desselben vorhanden, so erben die anderen Großeltern oder deren Abkömmlige allein.

Soweit Abkömmlinge an die Stelle ihrer Eltern oder Voreltern treten, erben sie nach Stämmen (§ 1927), d. h. sie erhalten gemeinschaftlich den Theil desjenigen Verstorbenen, an dessen Stelle sie treten. Gehört Jemand verschiedenen Stämmen an, ist er also mit dem Erblasser mehrfach verwandt, so erhält er in jedem der Stämme den ihm zufallenden Antheil und gilt jeder Antheil als besonderer Erbtheil.

Es ist in diesen drei ersten Ordnungen das Parentelensystem geschaffen. Dieses System wird in der vierten Ordnung insofern durchbrochen, als hier (§ 1928), nachdem die Urgroßeltern als gesetzliche Erben dieser Ordnung bestimmt sind, festgesetzt wird, daß, wenn die Urgroßeltern nicht mehr leben, nicht alle Angehörigen der Linie gemeinsam erben, vielmehr derjenige der Abkömmlinge der Urgroßeltern zur Erbfolge berufen wird, der mit dem Erblasser dem Grade nach am nächsten verwandt ist. Ist also z. B. ein gewisser Müller ein sogenannter Vetter zweiten Grades des Erblassers, d. h. haben Beide den gleichen Urgroßvater gehabt und leben daneben noch Kinder eines verstorbenen Bruders von Müller, so erhält Müller die ganze Erbschaft allein.

Gesetzliche Erben der fünften Ordnung (§ 1929) endlich sind alle entfernteren Verwandten des Erblassers (Voreltern und deren Abkömmlinge), und zwar so, daß der dem Grade nach nähere Vorfahre den entfernteren ausschließt. Damit macht das Bürgerliche Gesetzbuch das Erbrecht thatsächlich zu einem unbeschränkten. Es ist also z. B. selbst der im zwanzigsten Grade(!) mit dem Erblasser Verwandte erbberechtigt, sofern er nur diese Verwandtschaft nachzuweisen vermag! Es ist das eine erbrechtliche Monstrosität, die man im Reichstage gegenüber den abweisenden Anträgen der sozialdemokratischen Vertreter damit zu rechtfertigen versucht hat, daß es darauf ankomme, „gegenüber den auflösenden Tendenzen, von welchen in unserer Zeit auch der Familienverband betroffen werde, eine Gewähr für die Erhaltung der Familie zu schaffen." (Kommissionsbericht. V. Buch. S. 2 bis 3.) Selbst die verbündeten Regierungen traten, entsprechend dem Entwurf, für Begrenzung des Erbrechtes ein. Einer ihrer Vertreter erklärte: Wo zwischen dem Erblasser und dem gesetzlichen Erben vielleicht sechszehn Elternpaare mit ihrer ganzen Deszendenz weggefallen sein müßten, da könne von Blutsverwandtschaft zwischen denselben nicht mehr die Rede sein. Aber die reaktionäre Majorität wollte doch etwas thun für die „Erhaltung der Familie." Und so kam die Monstrosität der unbeschränkten Erbfolge zu Stande.

Die wichtigste Neuerung, welche das Bürgerliche Gesetzbuch auf dem Gebiete des Erbrechts bringt, betrifft die Regelung des

Erbrechts der Ehegatten.

Die meisten der seither in Geltung gewesenen Rechte räumten (wie das gemeine Recht und der Code civil) dem überlebenden Ehegatten so gut wie gar kein gesetzliches Erbrecht an der Hinterlassenschaft ein, die dem anderen Theile eigenthümlich zugehörte. Er war nur dann zur Erbfolge berufen, wenn der Erblasser keine erbfähigen Kinder hinterließ. Höchstens hatte die dürftige Wittwe bezw. der dürftige Mann Anspruch auf einen Theil der Erbschaft, der vorwiegend den Charakter einer Alimentation hatte. Einige andere Rechte gewährten dem überlebenden Ehegatten die Nutznießung an den Erbtheilen des Kindes, oder einen Theil der Erbmasse. (Preußisches Allgemeines Landrecht.)

Alle diese Festsetzungen widersprechen mehr oder weniger dem Charakter der Ehe als einer „innigen Lebensgemeinschaft". Sie enthielten um so mehr schwere Ungerechtigkeit, als das, was als Nachlaß beim Tode eines Ehegatten vorhanden ist, doch meist das Resultat gemeinschaftlichen Zusammenwirkens beider Ehegatten ist.

Das Bürgerliche Gesetzbuch schafft nun (§§ 1931 bis 1934) darin Wandel insofern, als es den Erbanspruch des überlebenden Ehegatten einheitlich festsetzt. Der überlebende Ehegatte ist neben Verwandten erster Ordnung, also Kindern und Kindeskindern, **zu einem Viertheile,** neben Verwandten der zweiten Ordnung oder neben Großeltern **zur Hälfte** der Erbschaft als gesetzlicher Erbe berufen. Sind nur entferntere Verwandte vorhanden, als die Verwandten zweiter Ordnung oder die Großeltern, so erhält der überlebende Ehegatte die **ganze** Erbschaft. Wenn mit dem überlebenden Ehegatten Verwandte zweiter Ordnung oder Großeltern konkurriren, so hat der Ehegatte außer seinem Erbtheil noch die zum ehelichen Hausstand gehörenden Gegenstände, also den ganzen sogenannten Hausstand, soweit dieselben nicht Zubehör eines Grundstücks sind, sowie die Hochzeitsgeschenke als „Voraus" zu fordern. Gehört der überlebenden Ehegatte zu den erbberechtigten Verwandten, so erbt er zugleich als Verwandter.

Um diesem Erbrecht eine besondere Sicherung zu geben, räumt das Bürgerliche Gesetzbuch (§ 2303) dem überlebenden Ehegatten ausdrücklich einen **Pflichtantheil-Anspruch** ein. Der Pflichttheil besteht in der Hälfte des gesetzlichen Erbtheils — (worüber das Vorstehende Aufschluß giebt) — und kann nur unter gewissen Umständen entzogen werden. Eine solche Entziehung kann erfolgen, wenn der überlebende Ehegatte sich einer Verfehlung schuldig macht, auf Grund deren der Erblasser auf Scheidung zu klagen berechtigt ist, also z. B. Ehebruch, böswillige Verlassung ꝛc. Ist beim Erbfalle die Scheidung bereits rechtskräftig ausgesprochen, so gilt der Geschiedene überhaupt nicht mehr als Ehegatte und erhält überhaupt keinen Erbtheil.

*) Unter Gemeinem Recht versteht man in Deutschland eine Summe von aus dem Römischen, dem Kanonischen und dem gemeinen deutschen Recht gebildeter Rechtsnormen, und zwar im Gegensatz zu dem Partikularrechte der einzelnen deutschen Staaten, Landestheile oder Städte. Das Gemeine Recht war nicht auch wirklich allgemeines Recht; es hatte sowohl prinzipale als blos subsidiäre Geltung und konnte Anwendung finden, wo nicht andere Rechtsquellen Anderes bestimmten.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Durch den Streik der Planierer in der Emaillewaarenfabrik von Wortmann u. Elbers in Düsseldorf, der seit 8 Wochen anhält und für die Arbeiter nicht ungünstig steht, sind nun auch die andern Arbeiter der genannten Firma in eine Bewegung eingetreten. Zuerst kam es zwischen Arbeitern und den Firmeninhabern zu recht erregten Auftritten, bis schließlich die Firma von allen neueintretenden Arbeitern der verschiedensten Branchen die Unterschrift unter einen Revers verlangte, sich zu verpflichten, keiner Organisation anzugehören. Im Falle ihres Beitritts würden sie sofort entlassen und die Firma könne die Hälfte des Lohnes den

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich wollte sagen — daß, kurz, daß ich Sie heirathen möchte."

„Oh," sagte Bessie auffahrend.

„Hören Sie," fuhr Müller mit heiserer Stimme fort, die jedoch an Klang gewann, während er weitersprach, wie dies selbst bei rohen Menschen der Fall ist, wenn sie vom Herzen reden. „Hören Sie! Ich liebe Sie, Bessie; ich habe Sie schon seit drei Jahren geliebt. Je öfter ich Sie gesehen, habe ich Sie immer mehr geliebt. Sagen Sie nicht nein — Sie wissen nicht, wie ich Sie liebe. Jede Nacht träume ich von Ihnen; manchmal meine ich im Traum, Ihr Kleid rauschen zu hören, und dann kommen Sie und küssen mich, und es ist mir, als ob ich im Himmel wäre."

Hier machte Bessie eine Bewegung des Widerwillens.

„Nun habe ich Sie beleidigt, aber zürnen Sie mir nicht. Ich bin reich, Bessie; da ist in erster Linie das Gut hier, und dann habe ich noch vier Güter in Lydenburg und zehntausend Morgen droben in Waterberg und tausend Stück Ochsen, außer meinen Pferden und Schafen und dem Geld in der Bank. In allem sollen Sie Ihren Willen haben," fuhr er fort, als ihr die Aufzählung ihres Besitzes keinen Eindruck zu machen schien — „in allem — das Haus soll nach englischer Sitte gehalten sein; ich will ein neues ‚Zitkamer' (Wohnzimmer) bauen und die Einrichtung von Natal kommen lassen. Ich sage Ihnen, ich liebe Sie, Sie werden nicht nein sagen, nicht wahr?" und dabei faßte er ihre Hand.

„Ich bin Ihnen sehr verbunden, Mr. Müller," antwortete Bessie und zog ihre Hand zurück, „aber — mit einem Wort, ich kann Sie nicht heirathen. Nein, es ist nutzlos, bitte, sagen Sie kein Wort mehr, ich kann es wirklich nicht — hier kommt mein Onkel. Vergessen Sie alles, Mr. Müller."

Ihr Verehrer blickte auf; gewiß, dort kam der alte Silas Croft, aber er war noch ein gut Stück Weges entfernt und ging langsam.

„Ist dies Ihr Ernst?" fragte er faßt athemlos.

„Ja, ja, natürlich ist es mein Ernst! Warum zwingen Sie mich, es zu wiederholen?"

„Der verdammte Rooibaatje ist dran schuld," brach er los. „Sie pflegten früher nicht so zu sein, Miß Croft. Fluch ihm, dem neidischen Engländer! Ich will es ihm noch heimzahlen, und Ihnen will ich sagen, was geschehen wird: Sie sollen mich heirathen, Bessie, ob Sie wollen oder nicht. Sehen Sie mich an! denken Sie, ich sei ein Mann, der mit sich spielen läßt? Gehen Sie nach Wakkerstroom und fragen Sie, was für ein Mann Frank Müller ist! Ich brauche Sie — ich muß Sie haben! Ich könnte nicht weiter leben, wenn ich denken müßte, ich könnte Sie mir nie erringen! Und ich sage Ihnen, ich werde mein Ziel erreichen, und sollte es auch mein Leben kosten und das Ihres Rooibaatjes dazu. Ich werde es thun, und wenn ich eine Empörung gegen die Regierung anzetteln müßte — das schwöre ich Ihnen bei Gott oder beim Teufel — mir ist alles einerlei!" Fast unverständlich geworden vor Leidenschaft, stand er mit geballten Fäusten und zitternden Lippen vor ihr.

Bessie war sehr erschrocken; aber sie war ein muthiges Weib und zeigte sich der Lage gewachsen.

„Wenn Sie in dieser Weise weiterreden wollen, werde ich meinen Onkel rufen. Ich sage Ihnen, Frank Müller, Sie werden mich nicht heirathen, und nichts wird mich veranlassen, Sie je zu heirathen. Es thut mir leid für Sie, ich habe Sie nicht ermuthigt, und ich werde Sie niemals heirathen — niemals!"

Eine halbe Minute etwa stand er und sah sie an, dann brach er in wildes Lachen aus.

„Früher oder später werde ich schon Mittel und Wege finden, Sie doch dazu zu veranlassen," sagte er und wandte sich ohne ein weiteres Wort ab.

Kurze Zeit nachher vernahm Bessie den Hufschlag eines galoppirenden Pferdes, und als sie aufblickte, sah sie ihres Bewerbers mächtige Gestalt unter den Gummibäumen verschwinden. Auch hörte sie hinter dem Hause Jemand vor Schmerz aufschreien, und mehr um sich auf andere Gedanken zu bringen, als aus sonst einem Grund, ging sie, um nachzusehen, was das war. An der Stallthür fand sie den Hottentotten Jantje, der sich um und um drehte und schreiend und fluchend die Hand an seine Seite preßte, von der das Blut herablief.

„Was ist das?" fragte sie.

„Baas Frank!" antwortete er — „Baas Frank hat mich mit seiner Peitsche geschlagen!"

„Die Bestie!" sagte Bessie fast weinend vor Zorn.

„Macht nichts, Missie, macht nichts", sagte der Hottentotte, und sein häßliches Gesicht wurde ganz fahl vor Wuth, „es ist nur eins weiter für mich. Ich habe es in diesen Stock geschnitten" — und dabei hielt er einen langen, dicken Stock in die Höhe, an dem verschiedene Einschnitte bemerklich waren, die sich von drei ganz tiefen am oberen Ende bis zur Spitze hinunterzogen. „Er soll scharf ausblicken — er soll das Gras durchsuchen — er soll um den Busch herumkriechen — er soll Ausschau halten, so lange er will: eines Tages wird er Jantje finden, und Jantje wird ihn finden!"

„Warum ist Frank Müller so schnell fortgeritten?" fragte ihr Onkel Bessie, als sie auf die Veranda zurückkam.

„Wir hatten einen kleinen Wortwechsel", antwortete sie kurz, weil sie es nicht für nöthig hielt, dem alten Mann die Sache zu erklären.

„Wirklich? Sei vorsichtig, meine Liebe. Es taugt nicht, sich mit einem Manne wie Frank Müller zu entzweien. Ich kenne ihn seit vielen Jahren, er hat ein schwarzes Herz,

Arbeitern einbehalten. Das war den sämmtlichen Arbeitern der Firma denn doch zu arg. 80 Mann reichten mit seltener Einmüthigkeit die Kündigung ein. Sie forderten freies Koalitionsrecht, Einstellung der Ausständigen zum alten Lohnsatz, Kontrolle des Arbeiterausschusses über die Strafgelder und zehnstündige Arbeitszeit. Dies wurde abgelehnt und darum der Streik der Arbeiter. — Nach dreistündiger Verhandlung des Vorstandes des Deutschen Formstecherei-Verbandes mit dem Vertreter der Ausgesperrten vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts in Köln wurde nach der „Frankf. Ztg." der Einigungsvorschlag von beiden Parteien angenommen. Nach Anhörung der Prinzipalität und der Ausgesperrten soll am Freitag der definitive Beschluß gefaßt werden. — Beendet ist der Ausstand der Bäckereiarbeiter in der Bobel'schen Brodfabrik in Berlin. Sämmtliche Streikenden wurden wieder eingestellt und die Ersatzkräfte entlassen. Die Lohnbedingungen sind unverändert, doch wurde die Anerkennung des Gesellen-Arbeitsnachweises und die Einführung einer achttägigen Kündigungsfrist erreicht. — In der Holzbearbeitungsfabrik von Meyer, Berlin, Küstrinerplatz 9, befinden sich ca. vierzig Arbeiter im Ausstand. Die Ursachen der Differenzen sind auf fortgesetzte Maßregelung der organisirten Arbeiter zurückzuführen. — In der Hutfabrik von Hermann u. Co. in Luckenwalde sind Lohndifferenzen ausgebrochen. — Die Kesselschmiede der Fabrik von Garret Smith u. Co. in Magdeburg-Buckau haben wegen Maßregelung mehrerer Kollegen die Arbeit niedergelegt. — Die Bau- und Erdarbeiter des Bauunternehmers Ausory aus Gotha, welche in Arnstadt Wasserleitungsarbeiten ausführen, haben wegen bedeutender Lohnreduzirung die Arbeit eingestellt. — Die Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen der Zigarrenfabrik von H. J. Dumont in Köln wurden ausgesperrt, weil sie sich weigerten, eine neue, ihnen ungünstige Arbeitsordnung zu unterschreiben. — Der Streik der Bergarbeiter im Köflach-Voitsberger Revier (Oesterreich) ist beendet, da die am 5. Januar abgehaltene Versammlung der Ausständigen die von den Werksunternehmungen gemachten, zum Theil recht werthvollen Zugeständnisse vorläufig angenommen hat. — In St. Etienne (Frankreich) haben die meisten Grubenarbeiter Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Nur ein kleiner Theil streikt noch weiter. Der Weberausstand hat sich nicht verändert.

Bei der Wahl zum Gesellenausschuß der freien Innung in Düsseldorf erhielt die christlich-soziale Liste 14, unsere Liste 214 Stimmen.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung ist nach Zusammenstellung des Parteivorstandes im Monat Dezember mehr belastet worden, um 3 Jahre 8 Monate Zuchthaus, sowie 3 Jahre, 1 Monat, 9 Wochen und 3 Tage Gefängniß und 2555 Mark Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an einem 12jährigen Mädchen, wurde in Rastatt nach dem „Rast. Tagebl." der Gymnasialprofessor Ignaz Scheuermann, der den katholischen Unterricht ertheilt, verhaftet. Scheuermann war vor nicht allzulanger Zeit von Offenburg nach Rastatt wegen einer unliebsamen Affäre versetzt worden. — Luccheni, der Mörder der Kaiserin Elisabeth, wurde, nachdem er 12 Monate in Einzelhaft verbracht, gemäß den Bestimmungen des Schweizer Gesetzes in allgemeine Haft übergeführt und einer Werkstätte zugetheilt. Auf eine vorhergegangene Anfrage des Genfer Regierungs-Präsidenten antwortete der Bundespräsident, man müsse vorläufig für Luccheni die Bestimmungen des Gesetzes walten lassen, bei dem leisesten Vergehen jedoch ihn wieder in die Einzelzelle bringen. — Aus Budapest wird geschrieben: Die Gattin des Anstreichermeisters Melchior L. in Neupest wurde kürzlich in der Nacht durch ein eigenthümliches Gefühl am Halse aus dem Schlafe geweckt. Beim Scheine der Nachtlampe bemerkte die Frau zu ihrem Entsetzen, daß ihr Gatte über sie gebeugt stand und ihr ein Rasirmesser an den Hals setzte. Die Frau schlug dem Manne das Messer aus der Hand und rief um Hülfe. Alsbald waren Nachbarsleute zur Stelle, die den Mann, der wie geistesabwesend vor sich hinstarrte, bis zur Ankunft der Polizei in ein Zimmer sperrten. In der Polizeizentrale erkannte man sofort, daß man es mit einem Irrsinnigen zu thun habe. — Das russische Dorf Jakutow bei Lublin ist fast vollständig abgebrannt. Bei den Rettungsarbeiten wurden zwanzig Personen schwer verletzt. — Eine Gesellschaft falscher Priester, die in den Kirchen Neapels und der Umgebung alle geistlichen Funktionen ausübten und den Klerus wie die Gläubigen aufs Raffinirteste hintergingen, ist jüngst aufgehoben worden. — Die anthropologische Gesellschaft in Stockholm hat beschlossen, daß die schwedischen Schiffe, welche im Frühjahr nach Spitzbergen abgehen, um die schwedische Gradmessungs-Expedition abzuholen, nach König Karl-Land gehen sollen, um Untersuchungen über die dort gefundene Pol-Boje Andrees anzustellen. — Schwere Leiden auf See hatte die eiserne Tjalk „Käte", aus Oldenburg, 1890 gebaut, 101 Reg.-Tons groß und der Aktien-Gesellschaft „Oldenburgische Glashütte" gehörend, auszustehen, die nach einer Reise von nicht ganz drei Monaten von der Weser kommend in Granton unweit Edinburg eingeschleppt wurde. Das Schiff hat schwere Stürme gehabt und war vor etwa 3 Wochen bereits ohne Trinkwasser, so daß die Besatzung von Regenwasser und dem Stroh, in dem die aus Flaschen bestehende Ladung verpackt war, leben mußte. Die „Käte" war am 14. Oktober abgesegelt. — Der Dampfer „Moana" bringt die Nachricht von grauenhaften Vorgängen an Bord der auf der Fahrt nach Brasilien begriffenen Brigg „Juliane Schlosser." Unter der Besatzung brach Meuterei aus, und der Anführer der Meuterer ermordete den Kapitän, dessen Frau und den ersten Steuerman. Auf Ansuchen des Konsuls, der Kenntniß von den Vorgängen erhielt, wurde der Kreuzer „Infanta Isabella" der Brigg nachgesandt, und es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht zwischen den Aufständischen und der Mannschaft des vom Kreuzer ausgesetzten Kutters. Schließlich gelang es, das Segelschiff zu erklettern: als die Meuterer sahen, daß alles verloren war, gab sich ihr Führer selbst den Tod, und die übrigen 11 Mann sprangen in die See. Sie wurden jedoch sämmtlich aufgefischt, in Ketten gelegt und nach dem nächsten brasilianischen Hafen geschafft, wo ihnen der Prozeß gemacht werden wird.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Beschimpfung des Papstthums, einer Einrichtung der katholischen Kirche, Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung ist am 12. September v. J. vom Landgerichte Gleiwitz der Kolporteur Josef Kandziora in Zabrze zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die inkriminirten Aeußerungen sind von ihm in einem Schanklokale gethan worden und in einem offenbar nicht ganz nüchternen Zustande. In der Hauptverhandlung behauptete er, durch die Lektüre der „Gazeta Robotnica" zu diesen Aeußerungen veranlaßt worden zu sein. Das Landgericht hat angenommen, daß es ihm nur um die Aufhetzung der Bevölkerung zu thun gewesen sei. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

Schutz gegen Schutzleute. Der Polizeisergeant Josef Lepiorz aus Gleiwitz hatte sich am Donnerstag wegen unbefugter Inhaftnahme und Körperverletzung, begangen in Ausübung des Dienstes, vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. L. ist wegen gleicher Vergehen bereits vorbestraft. Am 31. Mai vorigen Jahres saßen im Wolff'schen Restaurant am Wilhelmsplatz die Techniker Pollandt, Dworski und Tischler Poschlod an einem Tische, an einem anderen Polizeisergeant Lepiorz und Straßenaufseher Macha. Beide wurden von Pollandt gehänselt, sodaß Lepiorz schließlich den Pollandt nach seinem Namen fragte. Als Pollandt seinen Namen nicht nennen wollte, erklärte ihn Lepiorz für verhaftet und nahm ihn nach der Wache mit, von wo er später vom Polizeiinspektor Müller entlassen wurde. In der Verhandlung am Donnerstag erklärte Pollandt, daß der Streit nicht von ihm veranlaßt worden sei. Lepiorz habe ihn außerdem nach der Verhaftung gestoßen und auf der Wache und im Polizeigefängniß mißhandelt, wobei ihm Chemisette, Kragen und Rock zerrissen wurden. Im Polizeigefängniß soll Lepiorz den Pollandt auch geduzt haben. Erst als Pollandt eine Viertelstunde in der Zelle gesessen hatte, wurde er entlassen, nachdem ihm Frau Gefangenenaufseher Baingo seine Kleider nothdürftig zusammengenäht hatte. Der Staatsanwalt geißelte in scharfen Worten das Verhalten des Angeklagten. Inmitten einer Bevölkerung, welche zu Exzessen geneigt sei, werde der Polizeibeamte stets den Schutz des Gerichts finden, der Beamte habe sich aber auch danach zu benehmen. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängniß. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete dem „Oberschles. Wand." zufolge auf nur — 100 Mk. Geldstrafe.

Was einem anständigen Menschen passiren kann, zeigt wieder folgender Vorfall, der aus Bonn gemeldet wird. Ein Sohn des verstorbenen Fuhrunternehmers Klein gab in der Nacht zum Sonntag einem Mädchen, mit dem er Bekanntschaft unterhält, einer Tochter der Wittwe Jansen aus der Heerstraße, das Geleite. Während beide ihres Weges gingen, trat der Wachtmeister Morgenstern, der seit 6 Wochen probeweise angestellt war und vordem der königlichen Schutzmannschaft zu Kiel angehörte, hinzu und verlangte, daß das Mädchen ihm zur Wache folge. Er begründete seine Aufforderung damit, das Mädchen sei eine „Dirne." Als der Begleiter nachdrücklich gegen diese schimpfliche Unterstellung Einspruch erhob, setzte der Wachtmeister Morgenstern seine Pfeife an den Mund, mehrere Nachtwächter eilten herbei, und die Bedauernswerthe mußte mit zur Wache gehen. Vergeblich suchte der wachthabende Polizeibeamte den Wachtmeister zu überzeugen, daß er sich girrt und ein anständiges Bürgermädchen schwer beleidigt habe. Es half nichts, der Wachtmeister blieb dabei, die Verhaftete sei eine schlechte Weibsperson aus Kiel. Er sperrte sie in eine Zelle und setzte ihr noch mehrfach mit rohen Worten zu. Als Polizeiinspektor Wittgel, von Klein benachrichtigt, herbeieilte, war das Mädchen bereits wieder auf freiem Fuße. Oberbürgermeister Spiritus entließ am andern Morgen Morgenstern sofort aus dem städtischen Dienst. — Amtlich wird über den empörenden Vorfall wie folgt berichtet: Ein seit mehreren Wochen probeweise angestellter Polizei-Wachtmeister wurde, weil er in der Nacht zum 7. d. M. eine Festnahme in roher Weise und unter Ueberschreitung seiner Befugnisse ausführte, sofort aus dem städtischen Dienst entlassen.

Ein niedliches Stück von Bureaukratie wird von der Lahn gemeldet: Unterm **16.** Dezember verfügt der Herr Minister für Handel und Gewerbe, daß auch in den der Handelsgewerbeverwaltung unterstehenden Unterrichtsanstalten eine Jahrhundertfeier in angemessener Weise zu veranstalten sei und zwar thunlichst am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien. Unterm **20.** Dezember verfügt die Regierung zu W. mit dem Ersuchen um schleunige weitere Veranlassung an die Landrathsämter; unterm **23.** Dezember geht die Ordre vom Landrath an die Bürgermeister und wurde nun glücklich am **28.** Dezember, ungefähr eine Woche nach Schulschluß, veröffentlicht. — Die Sache ist nun ja nicht so wichtig, und es ist doch ein Trost dabei, daß sie nur zu den Dingen gehört, die, wie der alte Meier-Arnswalde zu sagen pflegte, sich durchs Liegenlassen erledigen.

Das verbotene Burenlied. Bei ihrem letzten Konzert auf dem Goetheplatz spielte die Husarenkapelle in Frankfurt a. M. u. a. auch die Burenhymne. Jetzt hat, wie die „Volksstimme" berichtet, der kommandirende General v. Lindequist allen Kapellen des 18. Armeekorps untersagt, Burenhymnen und Burenmärsche zu spielen. — Weiter kann man das neutrale Taktgefühl wohl nicht treiben.

Allzu vorsichtig! Man schreibt dem „Bremer Schulblatt" aus Oldenburg: In dem Oldenburger Lesebuch findet sich ein Kindergedicht von Deinhardt: Das Bad. Darin heißt es:

„Der Himmel spiegelt sich in der Fluth
Und rings die Bäume auch wohlgemuth;
Wir tauchen darinnen auf und nieder
Spiellustig die schlanken und weißen Glieder;"

Der Ausdruck weiße Glieder ist nun von der Oldenburger Schulbehörde beanstandet worden. Warum? Nun, weil er unlautere Gedanken in den Kleinen erwecken könnte.

---

wenn man ihm entgegen ist. Weißt du, Liebe, du kannst mit einem Buren zurechtkommen und kannst es mit einem Engländer, aber durch Kreuzung der Rassen erzeugte Hunde sind schwer zu behandeln. Folge meinem Rath und söhne dich mit Frank Müller wieder aus."

Dieser weise Rath war nicht gerade geeignet, Bessies Stimmung aufzuheitern, die schon ohnehin ziemlich gedrückt war.

Fünftes Kapitel.

Träume sind Schäume.

Als John Niel bei der Annäherung Frank Müllers Bessie auf der Veranda verlassen, hatte er seine Flinte ergriffen, und nachdem er dem Spitzer Pontac gepfiffen, den Pony bestiegen, den er auf der Jagd zu reiten pflegte, und sich auf die Suche nach Rebhühnern gemacht. Auf den warmen Abhängen der Hügel in der Umgegend von Wakkerstroom ist eine gewisse große Sorte von Rebhühnern in bedeutender Menge zu finden, hauptsächlich in dem röthlichen Gras, das die Abhänge da und dort bekleidet. Der fröhliche Ton, in dem man diese Rebhühner bei Tagesanbruch von allen Seiten locken hört, muß das Herz jedes richtigen Jägers innig erfreuen. Als John das Haus verlassen, hatte er die Richtung nach dem Hügel hinter demselben eingeschlagen; sein Pony wählte sich seinen Weg vorsichtig zwischen den Steinen, und der Hund Pontac suchte in einem Umkreis von zwei- bis dreihundert Schritt alles ab, denn in einem derartigen Land ist es nöthig, einen Hund von weiter Witterung zu haben. Plötzlich sah John, wie er unter einer Mimosahecke stand, als ob er verschwunden wäre, und eilte so schnell wie möglich zu ihm hin. Pontac stand noch einige Sekunden unbeweglich, dann drehte er seinen Kopf langsam und entschlossen um, als ob sich derselbe in einem Scharnier bewege, um zu sehen, ob sein Herr nicht komme. John kannte sein Wesen: dreimal würde der wunderliche, alte Hund sich in dieser Weise umdrehen, und wenn dann der Schütze noch nicht am Platz war, unfehlbar die Vögel aufscheuchen. Dies war eine Regel, von der er nie abwich, denn seine Geduld hatte eine feste Grenze. Diesmal langte John indessen an, ehe die besagte Grenze erreicht war, er sprang von seinem Pony, machte sich schußfertig und näherte sich der Stelle langsam, voll glücklicher Erwartung. Noch immer stand der Hund, aus seinem Munde troff Speichel, die Augen blickten starr und kalt, und sein Kopf und Gesicht, auf denen ein Ausdruck instinktiver Wildheit erstarrt zu sein schien, waren auf's Aeußerste gespannt.

Nun befand er sich dicht unter der Mimosahecke und kroch auf dem Bauch durch das warme, rothe Gras. Wo steckten wohl die Vögel? „Brr!" und eine große, gefiederte Bombe schien zu seinen Füßen geplatzt zu sein. Welch eine Kette! Zwölf paar mindestens, und sie hatten alle Schnabel an Schnabel auf einem Raum gelegen, der nicht größer war, als ein Wagenrad. Johns Flinte flog in die Höhe und ging los — aber leider zu früh. „Schlechtweg gefehlt! Nun der andere Lauf!" Das nämliche Ergebniß! Wir wollen einen Schleier über das Weitere werfen. Einen Augenblick später war alles vorüber und John und Pontac betrachteten einander mit gegenseitiger Verachtung.

„Das ist deine Schuld, du dummes Vieh!" sagte John zu Pontac. „Ich dachte, du wolltest sie aufschrecken, und deshalb schoß ich zu früh."

„Oh, oh!" sagte Pontac zu John, oder wenigstens drückte sein Blick es aus. „Oh du erbärmlicher Schütze! Was für einen Werth hat ein gutes „Stellen" für dich? Das kann selbst einem Hund übel machen."

Die Kette — oder besser gesagt, der Haufen alter Vögel — hatte sich über den Platz vertheilt, und es dauerte nicht lange, ehe John einen derselben — ein wunderschönes großes Rebhuhn mit gelben Beinen — erlegt und einen andern gefehlt hatte. Puff! Da kommt eins herunter; puff! mit dem andern Lauf. Getroffen, wahrhaftig, gerade als es aufflog! Holla, Pontac steht noch immer. Schnell zwei neue Patronen in den Lauf! Oh! diesmal ist's eine Kette! puff! puff! und ein Paar kommt herunter — zwei Paar Rebhühner, fast ohne daß er sich von der Stelle rührte.

Das Leben hat Freuden für Jedermann, aber ich glaube doch keine, die sich mit der vergleichen läßt, die ein eifriger Jäger und mittelmäßiger Schütze fühlt, wenn er eben ein halbes Dutzend aufgetriebener Rebhühner ohne einen Fehlschuß heruntergeholt oder zehn Fasanen im Flug mit elf Patronen erlegt hat. Süß klingt dem Politiker das Hochrufen, das seinen und seiner Sache Sieg verkündet; süß ist dem verzagten Schriftsteller eine unerwartete öffentliche Anerkennung in der „Saturday Review", die Talente hervorhebt, die bisher auf niemand einen besonderen Eindruck gemacht haben, süß ist allen Männern der Blick aus einem strahlenden Frauenauge und der Kuß von schönen Frauenlippen. Aber wenn er dies auch alles kennen gelernt hat, so ist es dem wahren Jäger und mittelmäßigen Schützen doch noch unendlich süßer, die Schwingen des aufgetriebenen Vogels blitzschnell gegen sich kommen zu sehen, die Berührung des Kolbens, der sich an die Schulter schmiegt, und die leichte Nachgiebigkeit des Drückers zu fühlen, und dann, welch erregender Anblick! den wundervollen und doch schrecklichen Uebergang vom Leben zum Tod zu beobachten, die ausgeschossenen Federn stieben und den leblosen Körper fallen zu sehen, der, durch die lebendige Kraft getragen, erst zwanzig Schritte von dem Ort, an dem er getroffen worden, zur Erde fällt. — In der nächsten Session wird der erfolgreiche Politiker vielleicht ausgepfiffen; nächstes Jahr läßt die „Saturday Review" vielleicht kein gutes Haar mehr an dem glücklichen Schriftsteller; nächste Woche vielleicht schon bist du jener süßen Blicke überdrüssig geworden, oder sie werden, was wahrscheinlicher ist, jemand anderm zu Theil. Eitelkeit über Eitelkeit! all dies ist eitel, mein Sohn! Aber wenn du ein wahrer Jäger bist (ja selbst wenn du nur ein mittelmäßiger Schütze sein solltest), wird es dir immer etwas Köstliches sein, auf die Jagd zu gehen, und wenn du zufällig einen guten Schuß thust, so vermag dir die Erde keine größere Freude zu bieten (daß es der Himmel kann, muß erst noch bewiesen werden), als dann deine ehrliche Brust (denn alle Jäger sind ehrlich) erfüllen wird. Die Jagd ist ein großartiges Vergnügen, nur schade, daß es ein so grausames ist.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.